

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538  
Entgelt bezahlt  
Herbst 2009  
Nr. 165, 38. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat? Wie fortschrittlich ist die sandinistische Regierung?



*Jahre gebracht. Er bestimmte maßgeblich ihre strategische Linie.“ (S.21) Die Argumentationsweise erinnert in gewisser Hinsicht daran, wie manche mit der Stalinproblematik umgehen. Man müsste nur Ortega durch Stalin und Nicaragua bzw. die FSLN durch Sowjetunion ersetzen.*

Die krassste Gegenposition wird in der der antideutschen Strömung nahestehenden iz3w von Roger Burbach, dem Direktor des Center of the Study of the Americas (CENSA)), formuliert. Für ihn ist Ortega ein Verräter an der sandinistischen Bewegung. Sein abschließender Satz lautet: „Aber Ortegas Verrat ist eine politische Tragödie für alle, die auf der ganzen Welt ihre Hoffnung auf eine partizipatorische Demokratie in Nicaragua setzen.“(313/S.11) Im Umkehrschluss könnte man den Gedanken weiterführen zu der Überlegung: Vielleicht gibt es nicht zuletzt deshalb keine partizipatorische Demokratie in Nica-

**Fortsetzung auf Seite 3**

Wer sich derzeit in linken bzw. links-alternativen Medien über die aktuelle Politik der nicaraguanischen Regierung kundig machen will, stößt auf Einschätzungen, die sich zum Teil heftig widersprechen. Das hängt vor allem mit der Person des Präsidenten Daniel Ortega zusammen, über den sich trefflich streiten lässt. Während manche Berichterstatter das caudillohafte Gebaren des Präsidenten als eher marginal klein reden, gehen andere so weit, dass sie von Verrat sprechen, einem Verrat Ortegas und seiner dominanten Ehefrau Rosario Murillo an den Prinzipien der sandinistischen Revolution.

Erstere Position wird etwa von Wolfgang Herrmann, der als offizieller Berater der DDR von 1985 bis 1988 in Nicaragua tätig war, im Rotfuchs (Aug. 2009) vertreten. Im Ab-

spann seines Artikels heißt es ziemlich lapidar: „Zu Daniel Ortega. Er mag in Nicaragua nicht von allen geliebt werden. Er verdient jedoch Respekt, hat er doch die FSLN über die schwersten

### Inhalt

- Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat? S. 1
- Ein schwerer Verlust: Peter ist tot! S. 6
- „Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“, ein Buchbesprechung S. 8
- „Septemberstreiks“ 1969 S. 10
- Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien S. 12
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken S. 15
- Die Klassengesellschaft bestätigt die Klassenverhältnisse S. 23
- Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats S. 27
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten S. 29

## In eigener Sache

Der Erscheinungstermin unserer Herbst-Nummer liegt ungünstig. Zum selben Zeitpunkt, wenn die Post die *Arbeiterstimme* ins Haus bringt, ist die Bundestagswahl gelaufen. Sie zu analysieren und auf die neue Regierungskoalition einzugehen, ist dann unsere nächste Aufgabe.

Nahezu jede linke Zeitschrift befaßte sich in den letzten Wochen mit der neuen Regierung Ortega nach dem relativen Wahlsieg der Sandinistas in Nicaragua. Die einen, wie etwa iz3w, klagen Ortega schlichtweg des „Verrats“ an, andere beschönigen die umstrittenen Kompromisse. Wir meinen in unserem Artikel, dass es unter den ungünstigen Bedingungen darauf ankommt, an wichtigen Stellen Schritte nach vorne zu tun!

Es wird wieder über den AEG-Streik diskutiert. Wir beteiligen uns daran mit einer Buch-Rezension. Ein Nachdruck aus dem „Freitag“ gibt einen guten Einblick in die „wilden“ Streiks von 1969 und in die damaligen Konstellationen in den Gewerkschaften und Betrieben. Ebenfalls in die Vergangenheit geht ein Artikel unseres englischen Freundes, der sich mit dem Bergarbeiterstreik vor 25 Jahren befasst. Die damaligen heftigen Klassenkämpfe grenzten schon an politische Schlachten.

Kurz vor der Bundestagswahl bringen wir noch einen Beitrag zur Innenpolitik. Er zieht in ge-

drängter Kürze Bilanz in Bezug auf die Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik. Die Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich wird angeprangert. Doch für die Gewerkschaften hat sich offenbar (gerade jetzt in der Systemkrise!) der Kapitalismus geändert. Huber: „Es gibt nicht mehr nur ein oben und unten.“

Ein weiterer Artikel zeigt auf, wie mit „*Demographie und Demagogie die Demontage des Sozialstaats*“ vorangetrieben werden soll.

Wir drucken den ersten Teil von Jörg Wollenbergs geschichtlicher Arbeit über die „*Arbeiterpolitik der Bremer Linken*“. Er streift dabei auch die KPO und ihre Politik in der Weimarer Zeit. Manche Namen von Genossen werden genannt, die später, wie Schorse Stockmann, Mitglied unserer Gruppe wurden.

Heiner Jestrabek stellt dann noch Theodor Bergmanns jüngstes Buch vor: „*Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien, China, Vietnam.*“

Leider ist mit Peter Eberlen wieder ein Genosse unserer Gruppe verstorben. Der Nachruf drückt aus, wie wichtig er für uns war.

**Wir danken allen, die das Abo 2009 schon bezahlt haben! Ebenso danken wir den Spendern! Wir können nur bestehen, wenn ihr uns weiter unterstützt!**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen



**Der Termin der Jahreskonferenz ändert sich! Sie findet NICHT am 31. Oktober und 1. November, wie angekündigt statt!**

**Näheres über unsere Redaktionsadresse oder abends unter der Rufnummer 0911/5180381.**

**Eine Bitte im eigener Sache: Schickt eure Artikel uns bitte in elektronischer Form zu! Am liebsten als .txt, .rtf oder .doc.**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften:

Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg

e-Mail: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Internet: [www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

ragua, weil diejenigen „auf der ganzen Welt“, die sich so etwas für Nicaragua erhoffen, selber in ihren Ländern nicht viel auf den Weg bringen.

### „kein Journalismus mehr“

Zu den Journalisten, die Präsident Ortega in ihren Artikeln schonungslos abstrafen, gehört Toni Keppeler, der unter anderem für die TAZ, die Weltwoche und diverse andere Publikationen schreibt. Er versteht es, auf die Erwartungen der jeweiligen Leserschaft einzugehen und variiert insofern seine Wortwahl. Seine Spezialität ist die Demontage lateinamerikanischer Revolutionsgrößen, indem er den Eindruck erweckt, die jeweilige Persönlichkeit würde dem Anspruch eines wahrhaften Revolutionärs nicht oder nicht mehr gerecht, sei also schon ziemlich vertrottelt. Das liest sich dann im Stern so:

*„Er schaut nicht mehr wie damals neugierig durch dicke Brillengläser in die Welt und drängt nach vorn. Nein, er ist inzwischen 62, trägt längst Kontaktlinsen und kneift die müden Augen zu immer schmalere Schlitz zusammen. Wenn er geht oder steht, dann wirkt er eher unbeholfen und ein bisschen angestrengt. Und wenn er spricht, ist sein Redefluss so zäh und schleppend, dass seine Zuhörer befürchten müssen, er schlafe gleich ein.“*

Noch einen Schritt weiter ging er im Juli dieses Jahres im Rheinischen Merkur, wo er Ortega Charakterzüge des Schlächters Somoza anheim stellt: *„Ihm werfen heute selbst ehemalige Parteifreunde vor, er habe inzwischen ähnlich selbtherrliche Züge wie der einst von ihm gestürzte Somoza.“*

In ähnlicher Manier watschte er Tomas Borge, das einzige überlebende Gründungsmitglied der FSLN ab. Für Keppeler ist er *„der inzwischen leicht senile ehemalige Innenminister ..., der sein Gnadenbrot im diplomatischen Dienst erhält.“* Das ist so infam, dass sich eine Kommentierung erübrigt.

Auch Che Guevara bekommt sein Fett ab. Die 40. Wiederkehr der Ermordung des Revolutionärs war der TAZ eine Beilage wert und Keppeler durfte kräftig zulangen: *„Ernesto Guevara war kein angenehmer Mensch. Er war – neben allen Ver-*

*diensten als Guerillero – eitel, launisch und autoritär.“* (9.10.07) Natürlich werden die *„Verdienste als Guerillero“* nicht näher ausgeführt. Sie scheinen den taz-Schreiber auch nicht zu interessieren. Dafür breitet er seine Aversionen gegen den Menschen Guevara in aller Unappetitlichkeit aus. Tote können sich nicht wehren.

Der Gerechtigkeit halber möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass



Contras in Nicaragua, 1987

Keppeler gelegentlich recht nützliche Artikel schreibt, so z.B. über die Auswirkungen der Privatisierung des chilenischen Rentensystems und ähnliche Themen.

Die Auseinandersetzung mit Journalisten wie Toni Keppeler oder dem Lateinamerikakorrespondenten der Süddeutschen Zeitung, Peter Burghardt, (früher Sportreporter) ist deswegen von Bedeutung, weil diese hierzulande großen Einfluss auf die Meinungsbildung über gesellschaftliche Entwicklungen in Lateinamerika ausüben. Was Burghardt betrifft, äußerte sich unlängst im Internet einer, der seine Berichterstattung schon über längere Zeit kritisch verfolgt: *„Das ist kein Journalismus mehr, sondern bestenfalls noch rückgratlose Hofberichte rstattung.“* (suedwatch.de)

Aber zurück zu Nicaragua. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Politik der Ortegaregierung beteiligt sich Ralf Leonhard, zwischen 1982 und 1996 als Reporter u.a. für die taz in Nicaragua mit einer problematischen Argumentation, indem er den Vorwurf der Korruption erhebt, aber keine eindeutigen Fakten dafür anführen kann, es vielmehr beim Verdacht bewenden lassen muss: *„Ortega finanziert sein Sozialprogramm mit venezolanischen Petrodollars, die nicht in das ordentliche Budget eingehen, sondern getrennt und ohne jede Transparenz verwaltet werden. Der Verdacht, dass davon*

*ein Teil in die Kassen der Familie Ortega fließt, kann nicht überprüft werden. Doch der einst völlig mittellose Guerillero, der 30 Jahre lang nichts anderes als Politik gemacht hat, ist heute ein vermöglicher Mann mit Beteiligungen in allen möglichen einträglichen Unternehmungen.“*

Diesen Hinweis findet man häufiger. Nützlich wäre es, wenn mal jemand die Vermögensverhältnisse annähernd konkretisieren würde. Dabei sind die moralisch-ethischen Eskapaden Ortegas und seiner Familie im weiteren Sinne der Bereich, in dem sich die Nicaraguaexperten noch am ehesten verständigen können. Dazu gehört, dass seit 1998 ein Stillhalteabkommen zwischen Ortega und dem damaligen Präsidenten Arnaldo Aleman existiert, weil beide Strafverfolgung zu befürchten hatten. Bei Aleman handelte es sich um den Tatbestand der Unterschlagung von Hilfsgeldern in Millionenhöhe im Zusammenhang mit dem Hurrikan Mitch. Bei Ortega ging's um einen Vergewaltigungsvorwurf seiner Stieftochter.

Weitgehend einig ist man sich auch in der Verurteilung eines Vorgangs, der mit Ortegas taktischen Überlegungen zu tun hat. Noch vor der letzten Wahl hatten sandinistische Abgeordnete der Regierung die Mehrheit für ein umfassendes Abtreibungsverbot verschafft. Dieser *„Schachzug“*, der nicht nur viele aktive Frauen in Nicaragua zu massiven Protesten veranlasste, sollte die katholische Kirchenhierarchie – eine traditionelle Verbündete konterrevolutionärer Gruppen der 80er Jahre – mit der FSLN versöhnen. Die Winkelzüge und Wendungen der FSLN-Spitze in den letzten Jahren sind ein Thema für sich. Die gängigen Erklärungsversuche dafür greifen in der Regel zu kurz.

Dieter Müller, Medico – Regionalvertreter in Mittelamerika, setzt früher und umfassender an: *„Man sollte mit den Erklärungsversuchen früher beginnen. Die sandinistische Befreiungsbewegung hatte vor 1979 jahrelang im Untergrund agiert. Sie war, wie andere Bewegungen der Nationalen Befreiung auch, notwendigerweise eine politischmilitärische Kaderorganisation, keine basisdemokratische Vereinigung, somit im Kern autoritär strukturiert. Der von außen aufgezwungene Contra-Krieg stärkte*

diese Logik rasch wieder und verankerte sie auch bei vielen, die nicht unmittelbar am Befreiungskampf beteiligt waren. Hinzu kommt, dass die nicaraguanische Gesellschaft selbst über Jahrhunderte extrem autoritär geprägt war: Patriarchale Strukturen, semifeudalistische Systeme, die konservativen und liberalen Caudillos, externe Interventionen und eine über die Maßen einflussreiche Kirche hatten eine autoritäre Gesellschaft in Zement gegossen, noch dazu unter Berufung auf göttliche Vorsehung. Unter dem wachsenden Einfluss der USA wandelte sich das in eine Form von ‚resignierendem Pragmatismus‘, der, so der nicaraguanische Soziologe Pérez Baltodano, nichts anderes sei als die säkularisierte Form der Vorsehung. Politik und Wirtschaft, aber auch Familie und Erziehung haben dies bis heute

perpetuiert.“ (Rundschreiben 02/2009)

Aus diesen Quellen speist sich die aktuelle politische Gemengelage.

### Ein kurzer Blick zurück

Als 20 Jahre nach dem siegreichen Einmarsch der kubanischen Revolutionstruppen in Havanna am 19. Juli 1979 die KämpferInnen der FSLN unter der schwarz-roten Fahne die Hauptstadt Managua besetzten, konnten sie nicht ahnen, dass ihnen schon bald unter der Regie der US-Regierung ein neuer Krieg mit zigtausenden Toten aufgezwungen würde. Aus der Euphorie der ersten Monate entwickelte sich ein langwieriger Zermürbungskrieg, der den Wiederaufbau des Landes verhinderte. Große Teile der Bevölkerung wollten aus der Kriegsfall heraus, was schließlich 1990 bei den Wahlen als Mehrheit für eine bürgerliche Opposition zum Ausdruck kam.

Die Folgen aus der Abwahl der Sandinisten fasste Hernando Calvo Ospina in Le Monde diplomatique vom 16.7.2009 wie folgt zusammen: „Mit Violeta Chamorro hielt der Neoli-

beralismus in Nicaragua Einzug – zum Vorteil vor allem US-amerikanischer, aber auch europäischer und asiatischer Konzerne. Öffentliche Güter wurden verschleudert, die Spekulation blühte. ‚In nur wenigen Jahren‘, sagt Orlando Nuñez, ‚haben diese Leute die ohnehin schwache Mittelschicht im Land so gut wie eliminiert und den vielen Kleinbetrieben auf dem Land und in den Städten den Boden entzogen. Sie haben Ni-



caragua in seine bisher schlimmste wirtschaftliche, soziale und finanzielle Krise gestürzt.‘ Unter den Präsidenten Violeta Chamorro, Arnoldo Alemán und Enrique Bolaños gingen die meisten Errungenschaften der Revolution zum Teufel. Die Löhne schrumpften auf Grund der Inflation um ein Drittel, die Arbeitslosigkeit erreichte 45 Prozent, die Verarmung zog immer weitere Kreise.“

Vor diesem Hintergrund, auch wegen der Zersplittertheit der Oppositionsgruppierungen und als Ergebnis einer recht kontrovers bewerteten Taktik gelang es Ortega nach mehreren Anläufen mit nur 38 Prozent der Stimmen in die Regierung zurückzukehren.

### Erste Schritte

Die ersten Schritte der neuen Regierung knüpften an die 80er Jahre an. Ein Bündel von Sofortmaßnahmen sollte schnelle Verbesserungen bringen. Ein zentraler Pfeiler sollte die Bildung sein. So bekamen etwa die Studierenden die Immatrikulationsgebühren erlassen. Mit kubanischer Hilfe wurde ein Alphabeti-

sierungsprogramm gestartet. Inzwischen ist es nach zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen. Erst kürzlich gab man bekannt, dass die Analphabetenrate von 21 Prozent auf 3,56 Prozent zurückgegangen ist. Lt. UNESCO gilt ein Land mit vier Prozent als voll alphabetisiert. Als weiteres Bildungsziel werde bis 2015 der Besuch aller SchülerInnen bis zur 6. Klasse realisiert, so der Bildungsminister anlässlich des Abschlusses der Alphabetisierungskampagne.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ist die generelle Abschaffung von Gebühren im Bildungs- und Gesundheitswesen (Grundversorgung) ein erheblicher Fortschritt und führt weg von den bisher vorherrschenden neoliberalen Konzepten. Betrachtet

man im Vergleich dazu die aktuellen politischen Eiertänze um die Einführung eines stattlichen Gesundheitswesens in den USA, sind die Maßnahmen der nicaraguanischen Regierung als mutig zu bezeichnen.

Ein weiterer Pfeiler ist das Programm gegen den Hunger, in dessen ersten Phase an 15 000 Familien eine Kuh, ein Schwein, zehn Hühner, ein Hahn und Saatgut ausgegeben wurde. Das Programm ist vor allem dort erfolgreich, wo die Bevölkerung im antisozialistischen Widerstand politisches Bewusstsein und durch die sandinistische Landreform Eigeninitiative entwickelt hat. Als Sofortmaßnahme gegen den Hunger ist auch ein Programm zu verstehen, das Millionen Kinder in den Schulen täglich mit einer unentgeltlichen Mahlzeit versorgt. Zukunftsweisend ist eine Initiative zur Verringerung der Abhängigkeit des Landes von Nahrungsmittelimporten. Dazu vergibt die Regierung Land und Kredite an kleine und mittlere Produzenten zu niedrigen Zinsen. Da in ganz Mittelamerika Frauen mit Kindern häufig auf sich allein gestellt sind, weil die Männer sie verlassen haben oder

im Ausland zu arbeiten gezwungen sind, werden von Frauen verwaltete Kooperativen eingerichtet. Die Frauen erhalten eine Ausbildung und ein Startkapital in Form von Saatgetreide, Schweinen und Kühen. Vom Darlehen müssen sie nur 20 Prozent zurückzahlen. Außerdem vergibt der Staat Kredite zu 5 Prozent Zinsen, während auf dem sog. freien Kapitalmarkt 25 Prozent üblich sind.

Da Nicaragua das zweitärmste Land Lateinamerikas ist, wären die verschiedenen Programme zur Verbesserung der Lage der ärmsten Teile der Bevölkerung aus den laufenden Staatshaushalten nicht zu finanzieren.

### Beitritt zur ALBA-TCP

Eine realistische Perspektive ergab sich durch den von der Opposition scharf kritisierten Beitritt zur ALBA-TCP (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker) und zum Petrocaribe-Abkommen. Auf dem 5. Gipfeltreffen der ALBA im April 2007 – also kurz nach dem Beitritt – wurden Kooperationsabkommen vor allem im Energiesektor beschlossen, von dem auch Nicaragua profitiert. So erhält das Land von Venezuela Erdöl deutlich unter dem Weltmarktpreis. Außerdem werden neue Raffinerien gebaut und bestehende erweitert. Beim 6. Gipfeltreffen vereinbarten die Teilnehmerstaaten die Gründung einer eigenen Bank, die Banco del ALBA/banco del Sur. Ein wichtiger Schritt hin zu einer gemeinsamen Währung, dem Sucre. Die Bank und die gemeinsame Währung werden es dem von Weltbank und IWF extrem abhängigen Land ermöglichen, die Folgen der aktuellen Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und sich schrittweise von der Knebelung durch die internationalen Finanzmärkte zu lösen.

Dass ein erheblicher Teil der Finanzmittel von der ALBA nicht auf staatliche Konten geht, wird von Kritikern bemängelt. Andererseits haben die Sandinisten keine Mehrheit im Parlament. Es könnte ein kluger Schachzug des Führungspersonals der FSLN sein, die Mittel über eigene Kanäle zu verteilen. Das Instrument dafür sind die „Räte der Bürgermacht“, die von W. Herrmann

Elend hatte vor allem im Norden des Landes eine ungeheure Dimension erreicht. Vieles müsste sofort und gleichzeitig angepackt werden. Die derzeitige Regierung, die nur zum Teil sandinistisch ist, steht immerhin an der Seite der fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen. Darüber gibt es keinen Zweifel. Das sozialpolitische Programm ist an den Interessen der ärmeren Schichten ori-



Von links: cubanische Vize-Präsident Jose Ramon Machado, Daniel Ortega, Hugo Chavez, Evo Morales, und Manuel Zelaya.

als „Organe der direkten Demokratie“ bezeichnet werden. Ortega initiierte sie durch einen präsidialen Erlass am Parlament vorbei. Ob der Vorwurf der Intransparenz berechtigt ist, kann von hier aus nicht geklärt werden. Bei den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der sandinistischen Bewegung, zwischen Mitgliedern der FSLN und des MRS (Bewegung der sandinistischen Erneuerung) und zwischen einzelnen Personen sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen, was hier nur stichpunktartig möglich ist: Nicaragua hat mit knapp über 5 Millionen Einwohnern nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Bayerns. 90 Prozent der Nicas leben in der Pazifikregion. Die politischen Akteure kennen sich nur zu genau mit ihren Stärken und Schwächen. Der Sandinismus vereint unterschiedlichste politische Auffassungen von Sozialdemokraten und diversen marxistischen Tendenzen. Es gibt auch einen bedeutenden christlichen Flügel. Die Basis der Sandinisten hat hohe Erwartungen an „ihre“ Regierung. Enttäuschungen bleiben nicht aus. Das

entert, was auch von Kritikern nicht bestritten wird. Das personelle Ausbluten der zu einer parlamentarischen Partei mutierten sandinistischen Bewegung an der Spitze und damit verbunden die Machtverschiebung hin auf die Person des Daniel Ortega kann für das politische Projekt gefährlich werden. Schon

die nächste Wahl könnte durch einen Zusammenschluss der Opposition das Aus für Ortega und die Sandinisten bedeuten. An der Realisierung arbeiten nicht zuletzt deutsche Parteienstiftungen intensiv. So ist z.B. das auf Initiative der Naumann-Stiftung Ende 2003 gegründete „Liberale Netzwerk Lateinamerikas“ (RELIAL) auch in Nicaragua aktiv. Sollte hierzulande die nächste Regierung eine schwarz-gelbe sein, könnten die konsequenten Neoliberalen der FDP ihre imperialistische Wühlarbeit in Ländern wie Nicaragua und Honduras noch offensiver betreiben. Auch auf EU-Ebene sind die politischen Kräfte am Werk, die die sandinistische Regierung zu Fall bringen wollen. So hat die EU im Jahr 2008 ihre für Nicaragua vorgesehenen Budgethilfen in Höhe von 60 Mio. Dollar nicht ausgezahlt mit weitreichenden Folgen für das Bildungs- und Gesundheitssystem. Die Fraktion der Linkspartei setzt sich für eine Aufhebung der Sanktion ein. Ob sie Erfolg haben wird, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest

# Ein schwerer Verlust: Peter ist tot!



Großdemonstration am 1. November 2003, Berlin.

Unerwartet kam die schlimme Nachricht: Unser langjähriger Freund und Genosse Peter Eberlen ist am 23. August im Alter von 70 Jahren in München verstorben. Wir waren überrascht und schockiert, hatten wir doch zusammen noch viel vor, was kurzfristige Pläne und langfristige Hoffnungen anbelangt. Peter war gerade dabei, sich an einer Reise nach China zu beteiligen, auch um auf der Jahreskonferenz der Gruppe darüber politische Schlussfolgerungen ziehen zu können. Peter wurde von der Krise des Kapitalismus, wie wir alle, in Atem gehalten und so hatte er erneut dem Drängen nachgegeben, für die *Arbeiterstimme* in einem Artikel dem Schwindel um die Bad Banks entgegenzutreten. Nun wird wieder einer fehlen, wenn Demonstrationen durch München ziehen, einer, der sich unzählige Male in seinem Leben schon engagiert hatte. Einer, auf den man zählen konnte, beim Kampf gegen die NATO-Kriegspolitik, bei den Auseinandersetzungen um die Rundfunkfreiheit und um das Versammlungsgesetz in Bayern; ganz zu schweigen von den gewerkschaftlichen Aktivitäten und von den Aktionen gegen sozialpolitische Streichungen. Als vor einiger Zeit die Einzelhandelskollegen im Tarifstreit in Bedrängnis kamen, trat er, obwohl

in der IG Metall aktiv, an ihre Seite. Für Peter war es immer klar: Solidarität ist keine Einbahnstraße – und Solidarität kann nur im Kampf neu entstehen. Bei allen schweren politischen Enttäuschungen in seinem Leben, der historischen Niederlage des Sozialismus, den entsetzlichen „Entstellungen“, die aus dem „eigenen Lager“ kamen und bei dem Wissen um die langwierigen Schwierigkeiten bei der Erneuerung einer sozialistischen Bewegung, ist bei ihm nie das revolutionäre Feuer erloschen. Bei allen notwendigen taktischen Kompromissen hat er nie das Große und Ganze und die marxistischen Grundlagen aus dem Blick verloren. Für ihn hatte die Entwicklung von Klassenbewusstsein einen ganz wichtigen Stellenwert. Er überstand auch die böswilligen Unterstellungen jener, die sich selbst Kommunisten nannten, doch an die Stelle der lebenswichtigen Kritik Dogmatismus, Befehl und Gehorsam gesetzt hatten. So war es kein Zufall, dass er entsprechend drängte, das Buch über den Spanischen Bürgerkrieg vor einigen Jahren herauszugeben, das z.B. die wirkliche Rolle der POUM aufzeigt und die stalinistischen Verleumdungen und Verbrechen bloßstellt. Er unterstützte stets auch die einstigen Bemühungen der KPO (Kommunistischen Partei Opposition), die Klärung der Begriffe wie

„Einheitsfront“ und „Volksfront“ wieder aufzunehmen.

Es mag etwa 1971 gewesen sein, als Peter mit seiner Partnerin Hilde zur „Gruppe Arbeiterstimme“ Verbindung aufnahm. Beide arbeiteten aktiv in der IG Metall, Hilde als Betriebsrätin und Peter als Vertrauensmann bei Siemens. Beide waren kritische Gewerkschafter und sie hatten allen Grund dazu. Die APO und Teile der Gesellschaft waren damals noch in Bewegung. Zwischen Gewerkschaftskritik und Gewerkschaftsfeindlichkeit war bei vielen nur ein schmaler Grat. Ihn zu beschreiten, waren sich die Gruppe und die beiden bald einig. Peter wurde darin vor allem von älteren Bremer Gewerkschaftern, dem Kreis um Schorse Stockmann, gestärkt. Hilde und Peter waren in der Basisarbeit stark verankert. Über viele Jahre hinweg hat Peter zusammen mit anderen die Stadtteilarbeit getragen und sie mit Hilfe der WEST-END NACHRICHTEN untermauert. Die Interessenvertretung der „kleinen Leute“ war ihnen Herzenssache. Über die Einschätzung der aufkommenden Bürgerinitiativen der siebziger Jahre gab es in der Gruppe heiße Diskussionen, da sie unser Selbstverständnis berührten. Im Laufe der Zeit näherten sich Hilde und Peter unseren diesbezüglichen Standpunkten immer mehr an. Wir bestanden zusammen die Krise der linken Gruppen, als alle Hoffnungen auf eine auch von uns angestrebte innere Erneuerung des Sozialismus keine Grundlage mehr hatte. Der natürliche Schrumpfungsprozess der Gruppen, der daraufhin einsetzte, machte auch unserer Gruppe schwer zu schaffen. Was wir dringend nötig hatten, war die stärkere Mitarbeit engagierter und theoretisch wie praktisch beschlagener Genossinnen und Genossen. Peter wusste, dass er gefordert war und er handelte. In Referaten bei Konferenzen, Veranstaltungen und in vielen Artikeln der *Arbeiterstimme* konnte er nun über viele Jahre besonders seine betriebs- und gewerkschaftspolitischen Kenntnisse einbringen und beitragen, die Grundlagen der marxistischen Ökonomie zu verbreiten. Viele Leitartikel, wie zuletzt „Hilflos

gegen die Krise“, stammten aus seiner Feder. Die praktische Herausgabe unserer Quartalszeitschrift war immer die Aufgabe vieler Gruppenmitglieder. Peter las Korrektur und war sehr genau. Peters Interesse für Geschichte war groß, besonders das für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und für die widersprüchlichen Entwicklung des Sozialismus. In seiner Besonnenheit, Beharrlichkeit und Zähigkeit war er Vorbild. Er brauchte, wie wir alle, großes Durchhaltevermögen.

Die Gruppe, in der Tradition und im Selbstverständnis der KPO stehend, war vorgewarnt, wohin stalinistische Diktaturmethoden führen können. Und doch konnten wir uns das Ausmaß der Pervertierung des Sozialismus nicht vorstellen, woran der Sozialismus letzten Endes dann zerbrochen ist.

Alles schien auf den Kopf gestellt. Im Sozialismus sollte es doch keine Herrscher und Beherrschten mehr geben. Ist es nicht nach Marx der kategorische Imperativ der Kommunisten, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist?“ Die Wirklichkeit sah ganz anders aus: Zehntausende Kommunisten wurden durch die Stalinisten verfolgt, gefoltert oder umgebracht; darunter der größte Teil der Führungsschicht.

Auch in Gruppen wie der *Arbeiterstimme*, wo nach den Ursachen der Deformation geforscht wurde, zeigten sich die Folgen der Enthüllungen und des Niedergangs. Austritte, Inaktivität und Verwirrung stellten sich ein. Welch einer Überzeugung und Standhaftigkeit bedurfte



es, trotz allem seiner marxistischen Weltanschauung treu zu bleiben und einem Neubeginn wiederum seine Kraft zu opfern. Peter, einer der wenigen noch Vorhandenen, die der Gruppe seit der Gründungszeit Anfang der siebziger Jahre angehörten, gehörte dazu. Er wusste, gerade jetzt in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929, muss der Kapitalismus sein wahres Gesicht zeigen. Es kam darauf an, die systembedingten Widersprüche an den Pranger zu stellen und letztlich wieder den Sozialismus als Alternative zu propagieren, in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.

Es war ihm stets wichtig, neben der praktischen Arbeit im Münchner Stadtteil Westend, in der Gewerkschaft, im Freidenkerverband oder auch schon mal hinter dem Infostand der Roten Hilfe die theoretische Bildung der jüngeren Genossinnen und Genossen zu unterstützen und be-

harrlich auf die Notwendigkeit der Aneignung der marxistischen Theorie hinzuweisen. Obwohl es ihm manchmal sehr schwer fiel, mit dem „lockeren“ Umgang der Jüngeren mit Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit umzugehen, hatte er sich zu einer neuen Kapital-schulung entschlossen. Weil es notwendig war.

Vor Peter wären noch viele Aufgaben gestanden. Leider kam der Tod dazwischen. Es sagt sich so leicht: „Jeder Mensch ist zu ersetzen“, aber leider stimmt das sehr oft nicht. Wissen und Weisheit eines langen politischen Lebens lassen sich nicht herbeizaubern, die vielen Erfahrungen erst recht nicht nachholen. Wir müssen versuchen, ihn zu ersetzen, dort wo die Voraussetzungen vorhanden sind oder wo wir durch Lernen und Vermehrung unserer Aktivitäten diese Voraussetzungen selbst schaffen können. Das muß nun in dieser traurigen Stunde der Auftrag für uns sein.

Mit Peter haben wir viel verloren, als Menschen, als politischen Kopf, als Mitstreiter der „Gruppe Arbeiterstimme“ und der Linken allgemein, als unermüdlichen Kämpfer in der Arbeiterbewegung, der stets mit wachem Kopf und zugleich mit großer Besonnenheit da mitgewirkt hat, wo es um soziale Belange und um die stets bedrohte Freiheit des Geistes ging.

Darin war er uns Vorbild und er hat uns beeinflusst. Dafür danken wir ihm.

Die Urnenbeisetzung findet am 30. September um 13 Uhr im Friedhof am Perlacher Forst, Stadelheimer Straße in Obergiesing statt.



Am Infostand der Roten Hilfe und der WESTEND NACHRICHTEN im Sommer diesen Jahres.



KulturLaden  
Westend

Telefon: 50 11 73  
Ligasplatzstraße 44, 80339 München  
Info@kulturladen-westend.de  
www.kulturladen-westend.de

WESTEND  
NACHRICHTEN

Stadtteilzeitung für das Westend und die Schwenthaferhöfe

# „Wir bleiben hier. Dafür kämpfen wir!“

Der Arbeitskampf und der sechswöchige Streik der AEG-Beschäftigten in Nürnberg um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze 2005-2007 hat in Deutschland und darüber hinaus wegen seiner Härte und Breite und wegen seiner politischen Dimension Aufsehen erregt. Bei manchen Gewerkschaftern und in Kreisen der Linken sind der Streik, seine Begleitumstände und das Ergebnis heute noch ein Thema, war doch die Breite der Solidarisierung in der Gesellschaft in diesem Ausmaß ein Novum. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob Schließungen und Verlagerungen von Werken angesichts mächtiger Konzerne und unter den Bedingungen der Globalisierung durch bloße Betriebskämpfe überhaupt noch verhindert werden können.

In mehreren Gewerkschaftsblättern wurde damals der AEG-Kampf behandelt, die IG-Metall Bezirksleitung München gab dazu eine Broschüre heraus. Linke Zeitschriften gaben sich mehr Mühe zur Analyse. Wir verweisen auf die *Arbeiterstimme* vom Frühjahr 2006, Nr. 151: „Ist der AEG-Streik ein Vorbote eines neuen Kampfgeistes?“ Große Teile des Artikels wurden in der „Arbeiterpolitik“ nachgedruckt. Die „ARSTI“ brachte dann in ihrer Nummer 155 nochmals eine „Nachbetrachtung des AEG-Streiks“.

Das zu rezensierende Buch will ausdrücklich keine Analyse des Arbeitskampfes geben. Es kommen Akteure zu Wort und „linksradikale Interventionen“ werden vorgestellt. Gleich, wie man zu den verschiedenen Akteuren und ihren Aussagen steht, es ist das Verdienst der Herausgeber, eine bisher wenig bekannte Seite meist positiver Interventionen seitens linker Gruppen und Personen in diesem Arbeitskampf vorgestellt zu bekommen. Wenn man auch manchmal den Eindruck hat, dass manche dieser Interventionen überbewertet sein könnten, so zeigt das Buch doch auch auf, welche Möglichkeiten linken Aktivisten zuwachsen können und dass man Phantasie besitzen muß, um neue Methoden auszuprobieren und die Selbsttätigkeit der Belegschaft anzuregen. Neben berechtigter Gewerkschaftskritik sind aber

auch Stimmen vorhanden, die Gewerkschaftsfeindlichkeit ausdrücken, so, wenn eine Art *Verschörungstheorie* vertreten wird, die Funktionäre des „Verrats“ bezichtigt werden. („Sie haben uns verkauft“.) Schade, dass gerade manche militanten Vertrauensleute die Notwendigkeit, taktisch zu verfahren, so gering schätzen. Es muß ja z.B. erst eine Stimmung heranreifen, bevor man mit dem Streik beginnen kann. Wenn ganze Teile der Belegschaft sich krank melden, so ist das die Flucht vor dem Kampf. Auch der geringe Organisationsgrad von 38 % war ein Zeichen der Schwäche. Der unkritische, freudige Empfang der Politprominenz durch die Streikenden war kein Zeichen von Klassenbewußtsein. Die meisten von denen sind doch mitschuldig an einer Gesellschaftsordnung, in der die Kapitalisten die Macht haben und das bestehende Streikrecht nicht mal Streiks gegen Betriebsschließungen zulässt. Von den Abfindungen der Arbeiter werden sogar Steuern verlangt, während die Unternehmer die Abwicklungskosten noch steuerlich geltend machen können.

Im Buch wird auch die Wirksamkeit des „Netzwerks IT“ zur Medienmultiplikation geschildert. Auch die Stadtteildemonstration aus Gostenhof, die die OA (*Organisierte Autonomie*) durchführte, kann in ähnlichen Fällen empfohlen werden. Die Boykottaktion, angestoßen vom Sozialforum Nürnberg, wird als großer Erfolg geschildert. Die grundsätzliche Problematik, die mit einem solchen Boykott aus linker Sicht verbunden ist, wurde anscheinend nicht hinterfragt. Betrifft der Boykott etwa die Kolleginnen und Kollegen in Polen, Italien und Schweden usw. nicht?

Im Buch kommen allgemein die Schwierigkeiten und Schwächen im Streikverlauf zu kurz oder werden nicht erwähnt. Dagegen heißt es: „Wir hätten mehr erreichen können, wenn wir länger gestreikt hätten“. Eine Begründung dafür wird nicht genannt. Wer spricht schon gern von Kräfteverhältnissen, vom Zwang, zu taktieren... Die materielle Grundlage eines so langen Streiks ist immer noch – bei allen Spenden – das gewerkschaft-

liche Streikgeld. Spielt das in der linken Diskussion keine Rolle?

Die beiden Interviews mit Hans Patzelt sind sehr lesenswert, wenn man auch in einigen Punkten anderer Meinung sein kann. Er war vor Jahren Betriebsratsvorsitzender bei AEG-Kanis. Hier geht es vor allem um die elf Monate Streik gegen die Schließung des Werks, die trotz aller Widrigkeiten durch den Widerstandsgeist der Belegschaft verhindert werden konnte. Ein direkter Vergleich mit dem Kampf bei AEG/Elektrolux lässt sich jedoch unseres Erachtens nicht ziehen. Die Bedingungen waren 2005-2007 ungünstiger geworden, auch die Struktur der Belegschaft war eine etwas andere. Außerdem, ohne Blessuren (laufender Personalabbau) überstand auch damals AEG-Kanis das mehrmalige Weiterverkaufen an andere Konzerne nicht. Wichtig war schon damals, die größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen. Darum ging es auch beim AEG-Streik, wo Hans Patzelt das Sozialforum beeinflusste und seine vielen Verbindungen nutzte: zur Friedensbewegung, zur „Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser“ bis hin zur Stadtverwaltung und dem Nürnberger Stadtrat. Zu seinen Ansichten zum AEG-Streik, an dem er die ganze Zeit über teilgenommen hat, gibt es im Buch einen extra Abschnitt. Seine nüchterne Ausgewogenheit steht schon manchmal im Gegensatz zu anderen Interviewten, die nicht frei von Wunschvorstellungen und Emotionen sind. So ist es lehrreich, dieses Kapitel eines erfahrenen ehemaligen Streikleiters zu lesen, der sowohl Gewerkschaftsfeindlichkeit wie auch sozialpartnerschaftliche Konsenspolitik von Betriebsräten und Gewerkschaftsführern zurückweist.

Auch in den 20 Seiten Interview mit Franziska von der OA, der Organisierten Autonomie, über den Streik, die Basisarbeit und die Solidarität mit den Streikenden gibt es manche erfreuliche Klarsicht.

Einen ziemlichen Umfang (40 Seiten) nimmt der „Workshop“ ein: „Strategie und Taktik in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen am Beispiel der AEG Nürnberg.“ Da waltet dann pure Phantasie und die Arbei-

terschaft des Jahres 2005 wird in das Himmelreich des allgemeinen Klassenbewusstseins versetzt. Es herrschen dann Zustände wie vor fast 100 Jahren und man lässt Solomon Losowski, den kommunistischen Gewerkschaftsführer der SU, lehren, dass man soziale Kämpfe wie Kriege und Streiks wie Schlachten zu führen hat. Dabei wird Bezug genommen auf die verhängnisvolle RGO (revolutionäre Gewerkschaftsopposition) –Politik, die damals schon so schmachlich gescheitert ist. Die Gewerkschaft wird als zweiter Feind in diesem Szenario behandelt und oft ist man mehr bei Clausewitz als bei Marx. In diesem fiktiven Rollenspiel werden dann Gewerkschaftsfunktionäre als „Schweine“ und „Arbeiterverräter“ bezeichnet. Konkrete Fakten und Beweise kann man sich auf diese ultralinke Weise anscheinend sparen. Ultralinks ist immer jenseits von links, letztendlich schadet eine solche Haltung der eigenen Sache. Mit Recht haben die linken Kritiker die Deuschtümelei der IGM angegriffen. Aber wenn angeblich die Arbeiterinnen und Arbeiter im Demonstrationszug soviel Klassenkampfbewußter als die Funktionäre waren, warum haben sie dann massenhaft „AEG ist Deutschland“ auf der Brust getragen und haben es ihnen nicht vor die Füße geworfen?

Weitere Kapitel bringen u. a. eine Chronologie des Arbeitskampfes, Radio Z-Live-Sendungen, Streikrückblicke von Kollegen und Ansichten einer Gruppe, die sich „Radikale Linke“ nennt.

Besonders interessant ist das Kapitel „Die dunkle Seite der Macht – Anti-Antifa als Repressionsmittel gegen StreikunterstützerInnen“. Da wird viel bisher Unbekanntes aufgelistet, vor allem aus dem Nürnberger Raum. Die meisten machen sich keine Vorstellungen, wie weit die Einschüchterungskampagnen und der Terror der Rechtsradikalen bereits fortgeschritten sind. Erschreckend dabei ist, wie groß bei amtlichen Stellen die Aufnahmebereitschaft für Denunzierungen und Diffamierungen ist, was einer Form von Zusammenarbeit nahe kommt. Neben den Linken ist auch längst der Arbeiterwiderstand ins Visier der Faschisten geraten. Das müsste ein Alarmsignal für die Gewerkschaften sein, mehr dagegen zu unternehmen. Dass Widerstands-

aktionen nicht aussichtslos sind, zeigen die Demonstrationen gegen die Nazis in Gräfenberg.

In der Zusammenfassung auf der Rückseite des Buches heißt es unter anderem: „Die Werkschließung in Nürnberg konnte nicht verhindert werden, doch können wir wirklich von einer Niederlage der Kämpfe sprechen? Dagegen sprechen nicht nur die gemachten Erfahrungen, sondern auch die wenig bekannte Tatsache, dass der zähe Widerstand der AEG-Beschäftigten zusammen mit dem vom Sozialforum gestarteten Boykott Elektrolux zum Rückzug zwang. Die Restrukturierung der westeuropäischen Werke wurde für zwei Jahre auf Eis gelegt und das letzte deutsche AEG-Werk in der Nachbarstadt Rothenburg bleibt bis auf weiteres bestehen.“

Der Kampf um die AEG in Nürnberg vermittelt eine Ahnung davon, welche Kraft entsteht, wenn ein spontaner unkontrollierter Widerstand von ArbeiterInnen und eine entschlossene linksradikale Intervention zusammenkommen“. Gerade in letzterem Satz widerspiegelt sich ein Stück Wunschdenken und Überbewertung der „linken Intervention“, wie es immer wieder in den Texten zum Ausdruck kommt. Der „unkontrollierte Widerstand von ArbeiterInnen“ bezog sich doch meist auf eine kleine Minderheit. Die Hauptakteure des Kampfes waren die vom Betriebskörper und der Gewerkschaft Aktivierten. Es waren ihre Organisiertheit und Geschlossenheit und nicht zuletzt das Streikgeld, die die Entschlossenheit im Kampf und das Durchhalten bewirkten. Leider hatte ein beträchtlicher Teil der Belegschaft sich der Auseinandersetzung von vornherein durch Krankmeldung entzogen.

Alle Achtung vor dem Engagement linker Zirkel und Gruppen! Sie haben zu manchem Erfolg beigetragen. Allein von der Zahl her und da sie meist von außen kamen, waren sie nur in der Lage, marginal einzugreifen oder Anstöße zu geben. Jene, die ultralinks auftraten, haben andererseits mehr geschadet als genützt. Was sollen solche Einschätzungen, wie von einer „Belegschaft, die kaum im Zaum zu halten ist“, von „Funktionären, die uns verkauft haben“, bei 81% Zustimmung zum Abschluss? Jene, die eine längere Betriebsbesetzung forderten, haben wohl vergessen, wer die Macht in diesem Staate hat. An

den „Grundpfeilern des Kapitalismus“ hätte man gerüttelt! Das sicher nicht! Doch dieser Arbeitskampf hat wieder mal das System ein Stück bloßgestellt. Das und die Streikerfahrungen, nicht nur der beteiligten AEGler, ist es, was wenigstens stellenweise bleiben wird.

Das Buch ist in jedem Fall lesenswert, gibt es doch eine Unmenge Stoff zur Diskussion. Die Einstellung zu den Gewerkschaften bedarf einer grundsätzlichen Klärung. Mit der Auswechslung der Gewerkschaftsführung ist es nicht getan. Die Gewerkschaften sind im Allgemeinen Ausdruck des Zustands, auch des politischen, ihrer Mitglieder. Wir haben an unseren Gewerkschaften viel zu kritisieren. Es gilt ständig, Manipulationen der Bürokratie abzuwehren, aber wir haben eben keine anderen Gewerkschaften. Für Linke gilt es deshalb, im Sinne von Veränderungen in ihnen zu wirken. Der Mangel an Klassenbewusstsein verhindert auch den Umschlag von Erfahrungen aus Arbeitskämpfen ins Politische. Die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems können nicht durch vereinzelte Betriebskämpfe außer Kraft gesetzt werden. Die Macht im bürgerlichen Staat hat die herrschende Kapitalistenklasse. Doch, finden sie keinen Widerstand, machen sie mit uns, was sie wollen. Erst, wenn die Arbeiterklasse von der Klasse an sich wieder zur Klasse für sich findet, hat sie die Kraft, zur Offensive überzugehen.

Das jedoch ist eine politische Aufgabe.



„Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“  
Akteure berichten über den Arbeitskampf  
bei AEG/Elektrolux in Nürnberg 2005-  
2007. Verlag Die Buchmacherei – Redaktion  
Druckwächter. ISBN 978-3-00-026803-3,  
Berlin, 290 Seiten, 12,00 €

# Arbeitskampf

**Vor 40 Jahren entlud sich in Deutschland die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Gewerkschaften in einer Welle spontaner Arbeitsniederlegungen in der Stahlindustrie**



Zuerst sah alles nach einem zwar harten, aber doch auf den Betrieb begrenzten Konflikt aus. Seit Wochen verhandelte der Betriebsrat der zum Stahlkonzern Hoesch gehörenden Dortmunder Westfalenhütte um 20 Pfennig mehr Stundenlohn. Am 2. September 1969 sollte eine kleine Versammlung von Vertrauensleuten der IG Metall der Forderung Nachdruck verleihen, aber zur allgemeinen Überraschung strömten ihr Kollegen aus allen Abteilungen des Werkes zu. Bald standen die ersten Walzstraßen still. Gegen Mittag befand sich die komplette Frühschicht – 5.000 Mann – im spontanen Ausstand. Das Management hatte es nun sehr eilig, der Belegschaft entgegenzukommen. Aber zu spät: Im Bewusstsein ihrer Stärke forderte eine Streikversammlung jetzt 30 und drohte damit, 50 Pfennig zu verlangen, sollte ihrem Begehren nicht umgehend stattgegeben werden. Hunderte drangen in das Verwaltungsgebäude ein und machten mit ihren Helmen auf dem Treppengeländer einen Höllenlärm.

Nicht nur die Mittag- und die Nachtschicht der Westfalenhütte schlossen sich der Bewegung an, auch die Kollegen der Dortmunder Betriebe Union und Phoenix reihten sich

ein. Binnen weniger Stunden befanden sich mehr als 20.000 Dortmunder Stahlarbeiter im Ausstand, aus eigenem Entschluss und ohne Aufruf höherer gewerkschaftlicher Instanzen. Am Vormittag des 3. September formierten sich aus den Werken heraus drei Demonstrationzüge, die sich in der Dortmunder Innenstadt trafen. 10.000 zogen von dort aus gemeinsam zur Hoesch-Hauptverwaltung. Ihre Parole: „Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will.“ Wenig später knickte die Konzernleitung ein, akzeptierte nicht nur die Anhebung der Stundenlöhne um 30 Pfennig ohne Wenn und Aber, sondern musste auch in die Bezahlung der Streikzeit einwilligen.

In den anderen Stahlbetrieben an Rhein und Ruhr machte die Nachricht vom Erfolg der Dortmunder rasch die Runde. Aus einem zunächst lokalen Ereignis wurde ein Flächenbrand. Noch am 3. September legten 1.300 Kollegen der Rheinstahl-Gießerei in Duisburg-Meiderich die Arbeit nieder, am Tag darauf 2.900 Mann der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim/Ruhr. Es folgten am 5. September der Schalker Verein in Gelsenkirchen mit etwa 3.300 und die Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen mit 10.000 Beschäftigten. Bis

zum 9. September verweigerte in der Stahlindustrie eine Belegschaft nach der anderen die Arbeit. Es folgten die Bergleute mehrerer Schachtanlagen des Ruhrgebietes und des Saarlandes, Kollegen der Metallverarbeitung und der Textilindustrie. Selbst der öffentliche Dienst trat mancherorts in den spontanen Ausstand. Überall ging es um deutliche Lohnerhöhungen. Und überall waren die Kollegen selbst, vor allem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die Organisatoren dieser Massenkampfe. Insgesamt wurden etwa 140.000 Streikende in 69 Betrieben zwischen Kiel und dem bayrischen Sulzbach-Rosenberg gezählt.

Dass sich im Spätsommer 1969 ein lokales Ereignis geradezu explosionsartig ausweitete, lag an den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. Die Gewerkschaften, obwohl vom Grundsatz her unabhängig und nur den Arbeitnehmerinteressen verpflichtet, hatten sich in eine Politik der seit 1966 regierenden Großen Koalition hineinziehen lassen. Zur Bekämpfung der Rezession der Jahre 1966/67 waren sie der so genannten Konzentrierten Aktion beigetreten. Bei dieser institutionalisierten Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmerverbänden und Arbeitnehmerorganisationen waren de facto Lohnleitlinien vorgegeben worden, an die sich die Gewerkschaften in den folgenden Tarifverhandlungen hielten. Das führte zu Reallohnverlusten und einem um mehr als zwei Prozent deutlich sinkenden Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen. Besonders zugespitzt war die Lage in der Stahlindustrie. Die bereits im Herbst 1967 wieder einsetzende Konjunktur hatte einen Stahlboom ausgelöst, die den Stahlkonzernen Gewinnsprünge von bis zu 20 Prozent bescherte. Vor diesem Hintergrund stieß die lohnpolitische Zurückhaltung in den Betrieben auf wachsenden Widerspruch, der sich schließlich in den spontanen Arbeitsniederlegungen des September 1969 entlud und in den meisten betroffenen Unternehmen bedeutende materielle Zugeständnisse der Kapitaleseite erzwang.

Dass die Arbeitgebervertreter schäumten, konnte nicht erstaunen. Fritz Berg, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie



*Dortmunder Hoesch-Arbeiter verbrennen die Bildzeitung, September 1969*

(BDI), ließ sich gar zu der Äußerung hinreißen, man hätte „ruhig schießen sollen, dann herrscht wenigstens Ordnung“.

Bedenklich war der Umgang mancher Gewerkschaftsführung mit einer Bewegung, von der sie offensichtlich völlig überrascht worden war. Bis dahin hatte der deutsche Kollege im internationalen Vergleich als äußerst diszipliniert gegolten. Streiks ohne Anordnung von oben – das waren seltene Ausnahmen. Aber offensichtlich hatte der Geist der 68er auch in den Betrieben Einzug gehalten. Während die IG Metall der spontanen Erhebung zwar reserviert gegenüberstand, ihr aber wenigstens nicht entgegentrat, kam es vor allem im Ruhrbergbau zu heftigen Konfrontationen von Bergleuten und führenden Gewerkschaftsfunktionären.

Die IG Bergbau hatte kurz zuvor eine Lohnerhöhung von 3,50 Mark pro Mann und Schicht erzielt, für die Führung eines der besten Tarifergebnisse aller Zeiten. Die Bergarbeiter im Dortmunder Revier sahen das anders. Etwa 2.000 marschierten zum DGB-Haus, riefen „Glück auf, Glück auf, wir werden verkauft“ und bezeichneten den Bezirksleiter der Gewerkschaft als Verräter und

Schieber. Die Gewerkschaftsführung trat den etwa 10.000 Streikenden ihrerseits mit einer brachialen Taktik entgegen. Sie drohte damit, die Streikenden und ihre Familien würden den knappschaftlichen Krankenversicherungsschutz verlieren, nahm den Zechenleitungen so die Drecksarbeit ab und erzwang schließlich die Wiederaufnahme der Arbeit.

Auch nach dem Abebben der Welle spontaner Arbeitsniederlegungen verfolgte die IG Bergbau einen harten Kurs der innergewerkschaftlichen Disziplinierung. Die IG Metall unternahm dagegen den Versuch, durch stärkere Einbeziehung der Vertrauensleute und regionaler Gewerkschaftsgliederungen in die Tarifpolitik positive Konsequenzen zu ziehen. Dennoch kam es im Boomjahr 1973 erneut zu einer Welle spontaner Arbeitsniederlegungen, nachdem sich die Gewerkschaften abermals auf Regierungspolitik, diesmal die der kleinen Koalition unter Willy Brandt verpflichtet und reduzierte Tarifforderungen aufgestellt hatten. Zahlreiche Belegschaften wollten nicht akzeptieren, dass ein Metalltarif-Abschluss von 8,5 Prozent durch eine Geldentwertung von acht Prozent zunichte gemacht wurde und

verlangten Inflationsausgleich – in vielen Fällen erfolgreich.

Mit der Anfang der achtziger Jahre einsetzenden Massenarbeitslosigkeit und ihrer einschüchternden Wirkung sind spontane Streiks wieder zu vereinzelt Ereignissen geworden. Das Problem der Integration der Gewerkschaften in die Politik wechselnder Regierungen, sei es unter dem Etikett der Konzertierten Aktion, sei es im Namen eines Bündnisses für Arbeit, ist geblieben. Und mit ihm die Notwendigkeit, um die Bewahrung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit zu ringen.

*Ulrich Breitbach*

aus: **der Freitag**

*der Freitag* Mediengesellschaft mbh & Co. KG  
Hegelplatz 1, 10117 Berlin  
Tel. (030) 25 00 87-0  
Fax (030) 25 00 87-99  
E-Mail: [verlag\[at\]freitag.de](mailto:verlag[at]freitag.de)  
[freitag.de](http://freitag.de)

*Der Historiker und Journalist Ulrich Breitbach lebt und arbeitet im Ruhrgebiet. Sein besonderes Interesse gilt der Geschichte sozialer Bewegungen sowie sozialpolitischen Themen*

# Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Am 1. März 1984 kündigte die NCB (National Coal Board), die nationale Kohlebehörde, die Schließung der Cottonwood Mine in North Yorkshire an, ein Akt, mit dem die jahrelangen Streikaktionen gegen Grubenschließungen ausgelöst wurden, die, obwohl sie bei einer Reihe von Gelegenheiten fast erfolgreich waren, aber schließlich mit einer Niederlage endeten. Dies war ein schwerer Schlag nicht nur für die Bergleute in Großbritannien, sondern international für die Arbeiterklasse, da sie es Thatcher erlaubte, die neoliberale Wirtschaftspolitik durchzudrücken, die in anderen Ländern kopiert wurde und für die wir immer noch den Preis zahlen. Als sie die NUM besiegt hatte, die mächtigste Gewerkschaft in Großbritannien, wurden weitere Angriffe gegen Gewerkschaften unternommen, die ebenfalls mit deren Niederlagen endeten, und die Regierung der Tories begann ihren Angriff auf den öffentlichen Sektor mit Privatisierungen und der Einführung des Marktes. Ganze Bereiche der britischen Industrie wurden zerstört; das Vertrauen auf den Dienstleistungs- und Finanzsektor ersetzte sie. Ein Trend, der von New Labour fortgesetzt und ausgebaut wurde, als sie 1997 an die Stelle der Tories traten.

1972 und 1974 hatte die NUM der damaligen Tory-Regierung unter Ted Heath einige Niederlagen zugefügt. Stromkürzungen führten 1974 zu einer Arbeitswoche von nur drei Tagen. Heath setzte daraufhin Neuwahlen an und fragte: „Wer schafft eigentlich an, die Regierung oder die Bergarbeiter?“ Er verlor die Wahl und Harold Wilson bildete eine Labour-Regierung. Diese Regierung sah die Notwendigkeit, die Macht der Bergarbeiter zu schwächen. Sie erreichte, dass ihre Idee von Regionalen Leistungslohnsystemen gleichberechtigt neben die nationalen Lohnverhandlungen trat. Sie sollten die Solidarität innerhalb der Bergarbeiter aufbrechen mit Hilfe derjenigen, in deren Regionen Kohle leichter zu gewinnen war; dort konnte man mehr Geld verdienen.

Dieses System wurde eingeführt durch die NCB mit Hilfe der damaligen rechten Führung der NUM, obwohl es in Abstimmungen von der Mitgliedschaft abgelehnt wurde. Dieses System hatte das erhoffte Ergebnis in den Regionen, in denen die Modernisierung schon im Gange war und die über große Kohlereserven verfügten; diese neigten dazu, ihre Bindung zu den anderen Regionen und zur nationalen Gewerkschaft zu lösen. (Die NUM war 1944, schon vor den Nationalisierungen der Nachkriegszeit, entstanden. Sie hatte die föderalen Strukturen der alten MFGB beibehalten.)

Heath wurde durch Thatcher ersetzt und dafür kritisiert, dass er 1974 nicht die Armee gegen die NUM eingesetzt hatte. Die neoliberale Fraktion der Tories arbeitete sorgfältig Pläne aus, um der Gewerkschaftsbewegung eine Niederlage zu bereiten. 1979, als sie ins Amt kam, begann sie langsam, diese umzusetzen. Neben einer antigewerkschaftlichen Gesetzgebung, die nach und nach eingebracht wurde, um nicht einen Widerstand zu provozieren, welcher schon frühere Planungen sowohl von Heath als auch von Wilson zu Fall gebracht hatte, wurden Kohle-Aktiengesellschaften gebildet. Es wurde ein nationales Koordinationszentrum eingerichtet, das die örtlichen Polizeikräfte vernetzen sollte, Energiegewinnungsanlagen für Gas und Öl wurden eingerichtet und Verträge zur Beförderung der Kohle auf der Straße wurden an Firmen vergeben, wo keine Gewerkschaften vorhanden waren. Ian McGregor, ein Kohlebaron aus den USA, den Gewerkschaften gegenüber sehr feindselig eingestellt, der an die Spitze von British Steel gebracht worden war, wurde in die NCB geholt. (Thatchers erster Kampf war der gegen die Stahlarbeiter, deren nutzlose Führung nach drei Monaten Streik aufgegeben hatte.) Und auch die Geheimdienste waren aktiv, ebenso wie private Dienste, die mit Streikbrechern verbunden waren und direkt mit Thatcher zusammenarbeiteten.

Thatcher lotete 1981 aus, wie weit sie gehen könnte, aber drohende

Streikaktionen verzögerten eine Anzahl von Grubenschließungen. Dann, am 10. Februar 1984, kündigte die NCB an, dass 50 Gruben in den nächsten 5 Jahren geschlossen werden sollten. Im Süden von Wales brachen Streiks aus. Die Streikposten besuchten die anderen Kohlefelder und riefen so einen nationalen Streik hervor, bevor die NUM überhaupt eine Abstimmung organisieren konnte. Am 18. Februar zog das Kabinett den Schließungsplan zurück. Später gab das Energieministerium zu, dass der Rückzug „taktisch“ war, da sie nicht ausreichend vorbereitet waren. Die Politik der NUM war, dass Schließungen nur akzeptiert würden, wenn die Kohlereserven völlig ausgebeutet wären.

Die Grube von Cottonwood war für ihren gemäßigten Kurs bekannt, nicht für Militanz; deshalb wurde sie ausgewählt, obwohl sie hochwertige Kohle produzierte und noch Reserven für fünf Jahre hatte. Im Wissen darum, dass dieser Kampf kommen würde, hatte die NUM 18 Wochen lang Überstunden verboten, um die Kohlevorräte zu reduzieren. Im Süden von Yorkshire befanden sich bereits vier Gruben im Streik, weil die NCB versuchte, das Verbot von Überstunden zu ignorieren. In Polmaise in Schottland war seit Februar ein Streik gegen die Schließung im Gang. Innerhalb weniger Tage erklärte die NUM von Yorkshire, unterstützt von mobilen Streikposten aus den bestreikten Gruben, alle Streiks in Yorkshire für offiziell. Mobile Streikposten schafften es, dass alle Kohlebergwerke in Yorkshire am Streik teilnahmen. Die schottische NUM rief ihre Mitglieder auf, Polmaise zu unterstützen und sich Yorkshire anzuschließen. Am 8. März traf sich die Exekutive der NUM und beschloß mit einer Mehrheit von 21 zu 3 Stimmen, die Streiks in Yorkshire und Schottland zu unterstützen, und jeder anderen Region, die streiken wollte, dies zu er-



lauben. Die Vorschriften der NUM schrieben eine nationale Abstimmung für einen nationalen Streik vor, aber die Mitglieder der Exekutive, die für Streiks stimmten, beharrten darauf, es handle sich hier um eine Serie lokaler Streiks. Am 12. März befand sich die Hälfte der 184.000 britischen Bergarbeiter im Streik.

Ein Monat, nachdem der Streik begonnen hatte, befand sich die Mehrheit der Mitglieder der NUM im Streik, oft unterstützt durch Bergarbeiter aus militanteren Gebieten oder Bergwerken. In den gutverdienenden Regionen war der Streik schwach: In Nottingham beteiligten sich an die 12.000 von 30.000, in Leicester weniger als 20, aber Eisenbahner weigerten sich, Kohle zu befördern, in South Derbyshire arbeitete eine Mehrheit weiter. Die Streikposten der NUM konzentrierten sich auf Elektrizitätswerke und Stahlwerke und im besonderen auf die Streikbrecher in Nottingham. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und der Polizei. Paramilitärische Polizei, die in den 1970er Jahren geschaffen worden war, griff Streikposten an, schlug sie und sperrte sie ein. Bergarbeiter-Ortschaften wurden terrorisiert. Streikposten aus anderen Regionen wurden daran gehindert, Nottinghamshire zu betreten. Bergarbeiter aus Kent wurden davon abgehalten, durch London Themseabwärts zu marschieren und kehrten wieder um. Es kam zu Massenverhaftungen und Streikposten wurde gesagt, sie sollten den im Betrieb befindlichen Bergwerken fernbleiben oder sie würden ins Gefängnis wandern. Nachdem der Streik vorüber war, gewannen viele von ihnen, die wegen schwerwiegender Vergehen angeklagt worden waren, ihre Berufungsverfahren und erhielten Entschädigungen.

Die Medien konzentrierten sich auf die Gewaltszenen und prangeren die linken Führer der NUM an, die beschuldigt wurden, die Regierung Thatcher stürzen zu wollen. Diejenigen, die gegen den Streik waren, lenkten ihr Augenmerk auf das Fehlen einer nationalen Abstimmung und sagten, der Streik sei verfassungswidrig. Sobald die Linke in der NUM im Dezember 1981 Scargill als Vorsitzenden durchgebracht hatte, verlor sie eine Abstimmung

nach der anderen über Arbeitslöhne und beim Widerstand gegen Grubenschließungen. Sie fürchtete ernsthaft, wieder zu verlieren, aber es ist möglich, dass sie gewonnen hätten, wenn der Streik noch einen Monat länger gedauert hätte. Im Juni 1984 führte Scargill die große Anzahl von Streikposten um das riesige Kohlendepot von Orgreave in Yorkshire an, das die Stahlwerke in Scunthorpe versorgte. Die NUM gestand ausreichend Kohle zu, dass die Hochöfen weiterlaufen, aber keinen Stahl produzieren konnten. Als das Management begann, Stahl zu produzieren, versuchte sie, die Kohlelieferungen aus Orgreave zu stoppen. Bereitschaftspolizei griff die Streikposten an, aber die Nachrichten der BBC schnitten den Film anders, so dass es aussah, als ob die Streikposten die Polizei angegriffen hätten. Viele Journalisten unterstützten die Bergarbeiter, aber sie hatten keine Kontrolle darüber, wie die Berichte erschienen. Drucker weigerten sich, die „Sun“ zu drucken, als diese Scargill als Hitler porträtierte.

Im Juli rief die TGWU in 71 Häfen einen landesweiten Dockarbeiterstreik aus, weil Nichtgewerkschaftsmitglieder Eisenerz und Kohle ausluden. Der Streik wurde beendet durch eine schwammige Übereinkunft mit den Hafentreibern. Ein weiterer Dockarbeiterstreik wurde Ende August ausgerufen, weil Streikbrecher Eisenerz ausluden. Dieser erfuhr eine nicht so große Unterstützung und endete wiederum ohne eine genaue Vereinbarung. Die TGWU hätte alle Dockarbeiter auf die Mitgliederliste bekommen können. Diese konnte ihnen den Arbeitsplatz garantieren und bessere Bedingungen, als sie die nicht registrierten Dockarbeiter hatten. Die herrschende Klasse wurde im Sommer besorgt, weil die Augen Thatchers größer waren als ihr Magen.

Im August stoppte die NCB die Bezahlung der Mitglieder von NACODS (Gewerkschaft der im Sicherheitsbereich Beschäftigten und derjenigen, die mit Sprengstoff arbeiten), die nicht die Linien der Streikposten

durchbrachen – die gesetzliche Regelung war, dass in den Gruben keine Arbeit getan werden darf, ohne dass Mitglieder der NACODS anwesend sind. Eine Mehrheit stimmte für Streik. Das hätte die Arbeit in allen Gruben zum Erliegen gebracht, die noch in Betrieb waren. Zuletzt akzeptierte die Führung der NACODS Ende Oktober einen Deal, aber dieser stellte sich als wertlos heraus. Einige hatten Geschenke als Bestechung angenommen, um einen Streik zu verhindern; das kam später heraus.

Ende November wurden, nachdem Streikbrecher ein Gerichtsverfahren gegen die NUM gewonnen hatten, ihre Gelder, die sie außer Landes gebracht hatte, in Luxemburg beschlagnahmt. Das führte zum Ende der Zahlungen an die Streikposten. Geld und Nahrungsmittel kamen von innerhalb und außerhalb Großbritanniens. Der TUC versprach, Solidarität zu üben. Aber das geschah nie. Im Hinblick auf die Niederlage war das entscheidend. Im

November begann die NCB eine Kampagne „Zurück zur Arbeit“.

Isolierte Streikende waren Drohungen und Druck ausgesetzt, wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren. Es wurden Transporte unter Polizeischutz organisiert, um kleine Gruppen, die nicht mehr streikten, zur Arbeit zu geleiten. Jeden Tag wurde in den Medien die Anzahl derjenigen, die aufgegeben hatten, groß herausgestellt. In vielen Fällen nahmen sie den Streik wieder auf, nachdem Familienmitglieder mit ihnen gesprochen hatten. Darüber wurde aber nie berichtet. Der Streik bröckelte von den Rändern her langsam ab, aber die Bewegung gelang es nicht, dies zu durchbrechen und sie starb gegen Ende des Monats ab.

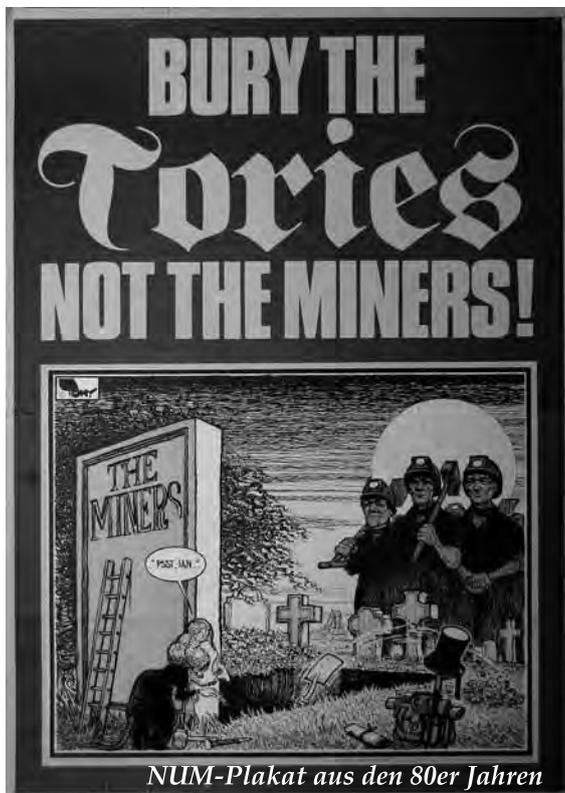
Im März 1985 befanden sich immer noch 60 Prozent der Bergarbeiter im Streik. Aber ein Teil der Führung der NUM, der der eurokommunistischen Strömung verbunden war, die zu dieser Zeit die britische KP führte, fand zunehmend Unterstützung dafür, ohne eine Vereinbarung zur Arbeit zurückzukehren. Dies



wurde speziell von Kim Howells angepriesen, einem Akademiker, der bei der NUM in Süd-Wales beschäftigt war, wo nur eine Handvoll zurück zur Arbeit gegangen waren. Die Eurokommunisten hatten sich gegen den Massenstreik gewandt und die Einbeziehung von anderen Militanten. Sie wollten stattdessen eine Volksfront mit Kirchenführern, Leuten aus dem Showbusiness und ähnlichem. Klassenkampf war für sie ein Gräu- el. Gegen Ende Januar 1985 ging Howells mit seiner Idee an die Öffentlichkeit. Sie fand zunehmend Unterstützung unter Funktionären der NUM, die langsam das Vertrauen in einen Sieg verloren. Ende Februar befanden sich noch 75 Prozent der Streikenden im Ausstand. Der Streik war nicht dabei, zusammenzubrechen, aber es sah auch nicht so aus, als ob er zu irgend einem Ergebnis führen würde. Trotzdem prangerte Scargill weiter an, wieviel das Öl jetzt kostete, wieviel Geld die Regierung ausgab und so weiter.

Dass ohne Einigung an die Arbeit zurückgekehrt worden war und der Kampf Grube für Grube weiter geführt wurde, aber ohne eine Amnestie für diejenigen Kämpfenden, die während des Streiks von der NCB gefeuert worden waren, erzwang eine Delegiertenkonferenz der NUM am 3. März 1985. Es wurde mit 98 zu 91 Stimmen entschieden, am 5. März an die Arbeit zurückzukehren und über eine Amnestie zu verhandeln. Am 5. März marschierten die meisten Streikenden hinter der Fahne ihrer Gewerkschaftsgliederung in die Arbeit, oft spielte dabei eine Blaskapelle. Aber 27.000 blieben eine weitere Woche im Ausstand, einschließlich all der Männer aus Kent, deren drei Gruben geschlossen werden sollten, und bestreikten einige der Bergwerke von Neuem. Um 1987/88 gab es noch mehr als 100.000 Bergleute in Großbritannien, davon waren mehr als 80 Prozent bei der NUM organisiert und sie lieferten 90 Prozent der gesamten Energie. Viele Kämpfe fanden noch statt; und es sollte die Regierung Major in den Jahren 1992/93 sein, die die meisten Bergwerke schloß und das, was noch übrig war, privatisierte.

Heute, 25 Jahre später, besteht Scargill darauf, dass nur die fehlende Unterstützung durch den TUC (in Wirklichkeit der Verrat der meisten Gewerkschaftsführer und von Neal Kinnock, dem Führer der Labour



NUM-Plakat aus den 80er Jahren

Party,) die Niederlage verursacht hat. Er weist zurecht auf mindestens drei Gelegenheiten hin, als die Sache fast gewonnen war: die zwei Dockarbeiterstreiks und die Annahme des Deals durch NACODS am 24. Oktober 1984, 24 Stunden, bevor sie den Streik der NUM unterstützt hätten, glaube ich. Laut Regierungspapieren, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, soll Ian MacGregor bereit gewesen sein, das Handtuch zu werfen. Er soll bereit gewesen sein, der NUM ein Vetorecht in Bezug auf Grubenschließungen einzuräumen, bis erwiesen war, dass die Kohlereserven erschöpft waren. Irgend jemand informierte Thatcher; sie schickte ihren Energieminister Peter Walker los, um MacGregor zu stoppen. Sicherlich werden wir im Laufe dieses Jubiläumsjahres genauer erfahren, was im Hintergrund des großen Streiks ablief.

Der Fernsehsender BBC 2 sendete am 23. März 1994 eine Dokumentation, in der Lord Marshall, der damalige Chef der nationalisierten Stromerzeugungsbehörde, erzählte, wieviel sie für das Öl bezahlt hatten, für die Nutzung von kleinen Häfen,

wo es keine Gewerkschaften gab, wie sie gewerkschaftlich nicht organisierte Lkw-Fahrer rekrutierten, die oft jahrelang ohne Beschäftigung gewesen waren, um die Kohle zu transportieren, oft mit nicht verkehrssicheren Lastwagen und wie die Polizei vor diesen Gesetzesbrüchen wegschauten. (Einer dieser Fahrer erzählte davon, wie ein Bordell hergerichtet wurde als Unterkunft für die Fahrer.) 1.300 Trucks fuhren täglich Kohle zu einem Kraftwerk. Riesige Geldbeträge wurden an Leute bezahlt, damit sie Kohle transportierten. Eisenbahner und Seeleute wollten keine Kohle transportieren. Die Atomkraftwerke liefen mit höchster Auslastung, die Wartung war gestrichen. Das eine in Nord-Wales, in Trawsfynedd, das jetzt geschlossen ist, hatte einen Riß im Fundament. Die Geheimpolizei war sehr fleißig, sie hörte die Telefone der Funktionäre der NUM ab, um herauszufinden, wohin die Streikposten gingen. Das fanden die heraus; deshalb hörten sie auf, solche Sachen am Telefon zu diskutieren. Streikbrecher wurden gefördert. In Nottingham wurde nach dem Streik eine gelbe Gewerkschaft, die UDM, installiert. Eine Spezi- alsendung der Fernsehnachrichten (TV News) über den großen Streik sprach sowohl mit den Streikenden als auch mit den Streikbrechern und fragte sie, wie es ihnen heute so gehe. Neil Greatorix, der Schatzmeister der UDM, erzählte, dass sein Vater nie mehr mit ihm gesprochen hat. Er ist inzwischen gestorben. Der Bruder sprach nicht mehr mit dem Bruder usw. Woanders ist es dieselbe Geschichte. „Never cross a picket-line“ ist Gesetz für Gewerkschaftsmitglieder. Kim Howells wurde Parlamentsabgeordneter für Labour und ein Minister der Blair-Anhänger. Aber die Bergarbeitergemeinden leiden unter Arbeitslosigkeit, Alkohol und Drogenmißbrauch, Kriminalität und sozialen Auflösungserscheinungen, da Familien zerbrechen und einige ihrer Mitglieder wegziehen, um Arbeit zu finden. Doch einige Bergwerke wurden wieder geöffnet, da der Abbau von Kohle in den letzten Jahren wirtschaftlich wieder lohnender geworden ist.

# Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken und das Ringen um die Einheitsorganisation

„Es muss Platz sein für den Lautréamont und Rimbaud des Kommunismus!“

Für Heinz Kundel (1914-2000), den Schüler von Thalheimer und Brandler, Schwiegersohn von Adolf Dannat und Schwager von Herbert Warnke.

„Heraus aus den Gewerkschaften, hinein in die Allgemeine Arbeiterunion“.

In Fragen von EINHEIT UND SPALTUNG der Arbeiterbewegung waren die Bremer Experten. Ab Juli 1916 bis zum März 1919 konnte dieser Konfliktbereich in der Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, der Bremer „Arbeiterpolitik“, besonders intensiv verfolgt werden. Immer wieder ging es selbst zu Zeiten der formal noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie um „Einheit oder Aktionsfähigkeit unserer Organisationen“ und nach 1918 um „das Ende der Gewerkschaften besonders in Deutschland“ oder um die „Einheitlichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung“<sup>1</sup>. Auch die Bremer Tageszeitung „Der Kommunist“, das Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands, war in der Frage der „Einheitsorganisation“ gespalten – trotz des „Sieges des Proletariats in Bremen“ durch die Ausrufung der „Sozialistischen Republik Bremen“ am 10. Januar 1919. „Kommunismus oder Anarchismus“, „Arbeiter-Union oder Gewerkschaften“ blieben die beherrschenden Streitpunkte in Zeiten der real existierenden Bremer Räterepublik. Auch nach der Zerschlagung der von der USPD, der (I)KPD und den Anarchosyndikalisten getragenen Räterepublik am 4. Februar 1919 durch die Noske-Truppen und das Freikorps Caspari kam es immer wieder zu schweren Konflikten in der Gewerkschaftsfrage. Sie erreichten auf der Mitgliederversammlung der

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, ist Deutschland im besonderen ergeben sich für das Proletariat folgende

## Gegenwarts-Forderungen:

Zur Erzwingung und Uebernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuss muß durch Unterkommissionen sich der Refforts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.
2. Die unverzügliche Freilassung aller Geiseln, die für die Sache des Proletariats, wegen Vergehens gegen die Kriegsmassnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. — Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählter Revolutionstribunale.
3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.
5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.
6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.
8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

## Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, daß euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

## Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik!

### Es lebe die Weltrevolution!

270

9.11.1918 Arbeiterpolitik zum

Arbeiterpolitik zum 9. November 1918

Bremer KPD-Parteiorganisation vom 12. Juni 1919 einen besonderen Höhepunkt.<sup>2</sup> Die Versammlung endete mit einer Niederlage der Führungsgruppe um Adolf Dannat (1885-1922) und Felix Schmidt (1885-1932). Die Bremer KPD-Führung sah sich gezwungen, zahlreiche Anhänger der Unionisten aus der „Syndikalistischen Einheits-

organisation Bremen und Umgebung“ um den ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterrates der A.G. „Weser“ und damaligen Geschäftsführer der Ortsverwaltung der Metallarbeiter in Bremen, Josef (Sepp) Miller (1881-1964), in ihren Reihen weiter als Mitglieder zu akzeptieren und so eine Doppelmitgliedschaft in der KPD und der „Syndikalistischen Einheitsorganisation“ zuzulassen. Das galt auch für die Vertreter der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ um den Maurer und späteren Vorsitzenden der Bremer

1– „Arbeiterpolitik, 1.Jg., Nr. 21, vom 11. 11. 1916; 3. Jg., Nr. 45, 9.11. 1918. 4.Jg., Nr.10, 8.3.1919.

2– Vgl. Peter Kuckuk, Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Archiv für Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr.14, 1996, S.25ff., 52ff.; derselbe: Bremen in der deutschen Revolution 1918/19, Bremen 1986.

FAUD(S) Franz Martin (1878-1956). Auf der Mitgliederversammlung von Ende Juli 1919 wurde diese Doppelmitgliedschaft aufgehoben, aber die Mehrheit der Bremer Kommunisten setzte sich nach wie vor für die Gründung einer eigenen wirtschaftlichen Kampforganisation ein und plädierte für eine Einheitsorganisation, die die berufsständische Gliederung der Gewerkschaften überwinden sollte. Von dem Werftarbeiter Adolf Dannat abgesehen, gehörten führende Repräsentanten der Bremer Linksradikalen, Mitbegründer der Internationalen Kommunisten (IKD) und Delegierte auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakus) in Berlin wie Karl Becker und Ludwig Bäumer mit Otto Rühle und Heinrich Laufenberg zu den Anhängern der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU). Die meisten von ihnen wurden als Vertreter der Linksoption und Gründer der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) spätestens im April 1920 aus der KPD ausgeschlossen. Auch Sepp Miller gefährdete seine besoldete Stelle als gewählter Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV), die er ab Februar 1919 bis zum 13. November 1919 in Bremen wahrnahm, weil er zu der Allgemeinen Arbeiterunion (AAU) übertreten war. Deren rund 7.000 Mitglieder arbeiteten im Gegensatz zur Reichsebene in Bremen nur kurz mit der im April 1920 durch Abspaltung von der KPD gegründeten KAPD zusammen. Sie orientierten sich bis zu ihrer Auflösung im Sommer 1920 weiter an der Bremer KPD.

Einen anderen Weg gingen drei der überregional bekanntesten militanten Syndikalisten in Bremen: Der Metallarbeiter Karl Plättner, der Maurer Franz Martin, bis 1906 fest angestellter Vorsitzender des Bremer „Zentralverbands der Maurer“, und der

Hafenarbeiter Ernst Schneider (alias „Ikarus“) von der syndikalistischen Seeleuteorganisation. Sie blieben Mitglieder der KAPD und übernahmen eine selbständige Rolle in den Kreisen des Syndikalismus und Linkskommunismus.<sup>3</sup>

### „Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns“<sup>4</sup>

Neben den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialisten gehörten die Syndikalisten von Anfang an zu den entschiedenen Anhängern der Bremer Räterepublik. Karl Plätt-

**Fabrikordnung der AG Weser**  
Beschlossen vom Arbeiterrat der AG Weser, 18. November 1918

- Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden und zwar von 7 Uhr morgens bis 3 ½ Uhr nachmittags mit einer Pause von 8 bis 8 ¼ Uhr unter Fortzahlung des Lohnes und von 12 bis 12 ½ Uhr mittags.
- Einführung des 8-Sundentages vom 27. November 1918
- Zugleich treten folgende Minimalstundenlöhne in Kraft: (es folgt eine Aufstellung der Löhne in Mark und Pfennig, gestaffelt für gelernte bzw. angelernte und ungelernete Arbeiter, Hilfsarbeiter, Frauen, für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen und Lehrlinge.)
- Das Akkordverrechnungssystem ist aufgehoben. Die jetzt gewährte Teuerungszulage bleibt bestehen.
- Überstunden sind zu vermeiden, wo dieselben erforderlich sind, bedürfen sie der Einwilligung der Betriebsleitung und des Arbeiterrates. Die Überstunden werden mit 100% vergütet.
- In die Woche fallende Festtage sollen mit 8 Stunden Arbeitszeit vergütet werden.
- Alle im Betriebe der Werft beschäftigten Arbeiter erhalten eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, sofern dieselben mindestens ein Jahr im Betrieb beschäftigt sind.
- Lohnzahlung findet in der Arbeitszeit statt.
- Bei besonders schmutziger Arbeit ist ein Schmutzgeld von 20 Pfg pro Stunde zu vergüten.

ner z.B. nach seiner Teilnahme am Gründungsparteitag der KPD in Berlin ab Januar 1919 als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und als Vorsitzender der kommunistischen Vertrauensleute in Bremen wie auch des Bezirks Nordwest der KPD, bevor er mit seinen „Expropriationsaktionen“ in Form von Bank- und Kassenüberfällen ab 1920 in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet für den „organisierten Bandenkampf“ eintrat. Mit der Massendemonstration vom 29. No-

vember 1918 sorgten die Syndikalisten im Kampf gegen die „Sozialpatrioten“ und „Ebertsozialisten“ mit der Abwahl der Mehrheitssozialisten (MSPD) und der Bürgerlichen in dem A.- u. S.- Rat für die Radikalisierung der Rätebewegung. Sie plädierten mit den Kommunisten dafür, dass die zu wählenden Arbeiterräte als ständig bestehender Wahlkörper ausschließlich dem Betrieb zuzuordnen waren. Nur so ließ sich ein enger Kontakt zwischen Wählern und Gewählten herstellen. Auch konnte so die ständige Kontrolle der Delegierten des Betriebes im Arbeiterrat abgesichert und eine Abberufung und Neuwahl der Delegierten bei Verfehlungen durchgeführt werden. Dieses eingeschränkte Wahlrecht mit dem Ziel, die bisherige „Diktatur der Bourgeoisie“ durch die „Diktatur des Proletariats“ abzulösen, scheiterte nicht nur an dem vom Bremer Handelskapital und dem von der MSPD-Führung geforderten Interventionsbeschluss der Reichsregierung unter Ebert und Noske gegen Bremen. Es waren auch Dauerkonflikte im eigenen Lager, die das baldige Ende ankündigten. Gegen den Beschluss des neuen Regierungsorgans, dem Rat der Volksbeauftragten, vom 12. Januar 1919 legte sich die Fraktion der USPD mit dem Soldatenrat darauf fest, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung

am 19. Januar 1919 zu beteiligen. Schon im Dezember 1918 hatten die Bremer USPD-Vertreter und späteren Mitglieder der Volkskommissariate der Räteregierung, Alfred Faust und Adam Frasunkiewicz, auf dem Berliner Kongress der A. u. S. Räte für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung plädiert. Das höchste deutsche Rätegremium entschied sich am 21. Dezember 1918 mehrheitlich für die bürgerliche parlamentarische Republik in Deutschland. Auch in Bremen beugte sich die Räteregierung dem Druck aus dem Lager der bürgerlichen Gegner. Am 19. Januar 1919 sprachen sie sich gegen zwei Stimmen für die Einberufung einer Bremischen Volksvertretung aus.

Die Radikalisierung im Rahmen des ersten Versuches in Deutschland, das Räte-system zu praktizieren, erwies sich nach weniger als 90 Tagen

3– Volker Ullrich, *Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945*, München 2000; Hartmut Rübner, *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus*, Berlin/Köln 1994, S. 91f.; derselbe, *Linksradikale Gewerkschaftsalternativen: Anarchosyndikalisten in Norddeutschland von den Anfängen bis zur Illegalisierung nach 1933*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit*, Nr.14, Fernwald 1996, S. 67-108.

4– Das verkündete der „Roland“ schon im September 1905. Die „Zeitschrift für freiheitliche Erziehung“ bezog sich dabei auf die Gruppe im streikbereiten Bremer Lehrerverein um Wilhelm Holzmeier und die Junglehrervereinigung mit Johann Knief und Heinrich Eißlermann, die die Konstitutionsphase der Bremer Linksradikalen prägten und später zu den Trägern der Räterepublik zählten.

nicht nur durch den Druck von außen als arbeits- und regierungsunfähig. Es waren trotz erstaunlicher Erfolge im Bereich der Sozial- und Schulpolitik innere Widersprüche, die zur Niederlage beitrugen. Auch wenn der alte Senat und die Bürgerschaft als politische Institution und als Verwaltungsorgane ausgeschaltet worden waren, so lebte das „Ancien Regime“ als eingeschränkte Doppelherrschaft staatsrechtlich fort. Der alte Senat behielt seinen Apparat für die Fortsetzung der Beamtentätigkeit und für die (Finanz-)Deputationen. Die Anerkennung der alten Gerichte und der Schutz des Privateigentums und der Banken musste zugesichert werden, so dass nach der baldigen Kreditsperre der Banken sich die Zahlungsunfähigkeit der Räteregierung früh abzeichnete. Auch in der Frage der Vorzensur und der Pressefreiheit sah man sich am 22. Januar 1919 zu Zugeständnissen gezwungen. Noch am 17. Januar hatte der Leiter des Kommissariats für Presse und Propaganda, Alfred Faust (USPD), sein Amt zur Verfügung gestellt (siehe hierzu das handschriftliche Rücktrittsschreiben von Faust). Er hatte es als Propagandachef versäumt, die bürgerliche „Weser-Zeitung“ seines einstigen Arbeitgebers, des Kaffee Hag-Besitzers Ludwig Roselius, zu kontrollieren. Dort war am 16. Januar mit Befriedigung und Erleichterung über den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berichtet worden.

Die „Arbeiterpolitik“ fasst die Ereignisse nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik in ihrer letzten Ausgabe vom 8. Februar 1919 in einem langen Leitartikel so zusammen: „Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution! Sie hat einen Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht, doch hat sie die Elemente, die schon vorher auf die Arbeiterrevolution hinarbeiteten, an die Oberfläche des politischen Lebens gebracht! Diese Elemente, die bisher nur geheim ihre Tätigkeit ausüben konnten, die in verborgenen Wohnungen und zum großen Teil in Gefängnissen lebten, verrichten jetzt ihre Tätigkeit mit verstärkten Kräften vor aller Welt Augen. Der

Kommunismus ist die Losung, unter der sie sich zu gemeinsamen Kampfe zusammenfinden“.<sup>5</sup>

### Fortsetzung des Kampfes in den Gewerkschaften

Redaktion der  
„Bremer Bürger-Zeitung“  
Telephon Nr. 1830  
Langstr. 8/9

Bremen, den 17. 1. 1919

Finger, kein Teil der Vertheilung  
am 16. Jan. 1919  
in Expl. mit ... in Expl.  
Jah.

Erklärung

Zu meinem Entsetzen  
sind Ihre Redaktionen besetzt  
ich in der Weser-Ztg. in  
Familienarbeit über Liebknecht  
und Rosa Luxemburg  
In der Übermittlung sind  
handige Nachrichten hatte ich  
so versäumt, das sonst  
harmlose Familien zu prüfen.  
Nadrich habe ich mich einen  
unverzeihlichen Fehltritt schuldig  
gemacht, aus der ich die Konsequenz  
ziehen muss und will.  
Ich lege daher mein Amt  
als Leiter des Kommissariats für  
Presse in Propaganda in die  
Hände des Rats der Volksbe-  
auftragten nieder.  
Alfred Faust

3-24.1919

Einfluss gewannen die Bremer Anhänger der Räterepublik in den Gewerkschaften, insbesondere in dem von USPD-Mitgliedern beherrschten Metallarbeiter-Verband und dort vor allem in den Großbetrieben im Werftenbereich unter den gewählten Arbeiterräten. Eine eigenständige Rolle übernahm dabei Sepp Miller. Schon vor dem Ersten Weltkrieg zählte er zu den einflussreichen Bremen Linksradiكالen innerhalb des noch geeinten Bremer Ortsverein der SPD und des DMV. Er prägte mit Paul Frölich, Hans Höcker und Willi Deisen das linke Vertrauensmännersy-

stem auf der A.G. „Weser“, initiierte immer wieder Flugblatt- und Streikaktionen und wurde wegen der Teilnahme an dem Bremer Werftarbeiterstreik vom 14. Juli bis zum 8. August 1913 gemaßregelt. Als Mitglied des Arbeiterrates gelang es ihm, auf der A. G. „Weser“ für die damals 10 988 Beschäftigten während der Novemberrevolution Lohnforderungen durchzusetzen und eine Fabrikordnung (siehe Seite 16) zu verabschieden, die eine Vorbildfunktion erlangte. Die oppositionelle Liste der Syndikalisten und Kommunisten gewann bis 1924 stets eindeutig gegenüber der Gewerkschaftsliste bei den Betriebsratswahlen auf der Werft. Miller blieb als Mitglied der kommunistischen Fraktion des Arbeiter- und Soldatenrates in alle wichtigen Entscheidungen der Räterepublik einbezogen und sorgte für die Bewaffnung der Werftarbeiter. Als Mitglied der vom A. u. S.-Rat gewählten Verhandlungsdelegation konnte er am 3. Februar in Verden die militärische Intervention der Gerstenberger und des Freikorps Caspari gegen die Räterepublik und somit das Blutvergießen vom 4. Februar 1919 nicht verhindern.<sup>6</sup> Nach der Zerschlagung der Bremer

Räterepublik wählten ihn die Bremer Metaller im März 1919 zu ihrem Bevollmächtigten.<sup>7</sup> Er organisierte u.a. am 6. März 1919 den Streik für die Befreiung der revolutionären Funktionäre der Räterepublik, die nach dem 4. Februar 1919 in den Mißler-Auswanderhallen interniert worden waren.<sup>8</sup> Ebenfalls war Miller am 13. April 1919 führend an dem Generalstreik beteiligt, mit dem USPD, KPD, die Anarchosyndikalisten und die Gewerkschaften den Belagerungszustand in Bremen aufzuheben versuchten. Die Bürger antworteten, unterstützt vom Senat, mit

5- Arbeiterpolitik. 4.Jg., Nr. 6, 8.2. 1919, S. 1

6- Sepp Miller, Auf der Bremer Weserwerft wehte die rote Fahne, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1958, S. 196-208.

7- Zum gleichen Zeitpunkt wurden die Geschäftsführer des DMV in den größeren Verwaltungsstellen, die den Kriegskrediten und der Politik der MSPD und des DMV-Vorstandes zugestimmt hatten, abgewählt (von Nürnberg abgesehen) und durch USPD-Leute abgelöst, z. B. in Berlin, Köln, Stuttgart, Halle usw.

8- Also an jenem Ort, an dem die Bremer Gestapo im März 1933 das erste KZ in Bremen einrichten sollte. In beiden Fällen zeichnete als Kommandeur der hoch dekorierte Präsident der Sicherheitspolizei Walter Caspari verantwortlich.

einem „Abwehrstreik“, der als „Stachel-drahtostern“ in die Geschichte einging. Im Oktober 1919 nahm Miller als gewählter Delegierter am Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart teil. Hier trug er mit seiner Stimme zur Abwahl des alten Vorstands unter Leitung von Alexander Schlicke bei. Er half dort, die umstrittene Resolution durchzusetzen, die von dem neuen Vorsitzenden Robert Dißmann (USPD) eingebracht worden vor: „Die Generalversammlung verwirft die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.“ – mit 194 gegen 129 Stimmen. Dagegen scheiterte Miller mit dem Antrag, den DMV auf der Grundlage von selbständigen Betriebsorganisationen neu aufzubauen und anschließend den DMV in die Allgemeine Arbei-

ter-Union zu überführen: „Nun ist die wichtigste Frage, ob die Gewerkschaften in der Lage sind, revolutionäre Kämpfe zu führen. Das bezweifle ich. (...) Die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit sind konterrevolutionär und werden von den Kapitalisten auch so eingeschätzt. (...) Wenn man aber alle Macht den Arbeiterräten geben will, dann ist es jetzt an der Zeit, eine Organisation zu finden, aus der

wir die Mitglieder zwingen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. (...) Was hindert uns daran, den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Grundlage für die große allgemeine Arbeiterunion zu machen? Der Gedanke bewegt die Herzen und Köpfe einer großen Zahl von Mitgliedern.“<sup>9</sup> Wesentlich erfolgreicher war Miller mit dem Antrag, der Sowjetunion über den DMV brü-

derliche Hilfe und Unterstützung u.a. durch die Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zukommen zu lassen. Das Plädoyer des international eingestellten Friedenskämpfers, der vor dem Ersten Weltkrieg seine geistige Prägung als einfacher Schlosser unter Anleitung von Anton Pannekoek und Johann Knief im Bildungsausschuss der Bremer Arbeiterbewegung erfuhr, endete mit den Worten des



die Räte herauswachsen, und das ist die Betriebsorganisation“. Gegen das „verpönte Bonzentum“, so Miller weiter auf dem Verbandstag von 1919, „müssen

französischen Sozialisten Jean Jaurès aus Anlass des Balkan-Krieges: „Er zog damals die Worte aus Schillers Glocke an: vivos voco, mortuos plango, fulgura frango. Die Lebenden rufe ich, die Toten beklage ich, die Blitze breche ich“.<sup>10</sup>

Mit diesen „Worten an die Genossen im Ausland“ verabschiedete sich Miller von seiner Organisation der Metallarbeiter. Denn die neue linke Führung unter Robert Dißmann und Richard Müller,<sup>11</sup> dem Repräsentanten der „Revolutionären Obleute“, begegnete den „Spalter“ um Miller mit einer „Reverskampagne“, die zum Ausschluss derjenigen Mitglieder führte, die sich weiter zur AAU bekannten.<sup>12</sup>

Als Miller und Karl Becker später ihre linksoppositionelle Haltung aufgaben, übernahmen sie wichtige Funktionen in der zentristisch ausgerichteten KPD; Miller nach seiner Abwahl als Bevollmächtigter des DMV zunächst als Ortssekretär der KPD in Bremen, nach 1921 als politischer Sekretär des Bezirks Hannover und Mitglied im Reichstag. Er überlebte den Faschismus im schwedischen Exil. Dort gehörte er im Januar 1944 mit August Enderle, Max Hodann, Willy Brandt und Ernst Behm zu den Gründern des „Freien Deutschen Kulturbundes“, der letzten und größten

9– Protokoll der 14. ordentlichen Generalversammlung des DMV in Stuttgart vom 13-23.10.1919, S. 210-212, 274f., 378f.; Fritz Opel, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Frankfurt/M 1980 (4. Auflage), S. 104ff. Schon auf dem Verbandstag in Köln von Ende Juni 1917 gehörte Miller mit dem Vorsitzenden der Berliner „Revolutionären Obleute des Metallarbeiter-Verbandes“, Richard Müller, und dem späteren Vorsitzenden Robert Dißmann zu den oppositionellen Delegierten, die mit ihrer Kritik damals knapp an der Abwahl des Vorsitzenden Schlicke scheiterten. Und die Bremer Anträge zum 14. Verbandstag mit der Forderung zur „Umwandlung der Verbandssatzung in revolutionärem Sinne“ veranlasste den später von Richard Müller abgelösten Chefredakteur des Verbandsorgans schon im Vorfeld mit dem Leitartikel zum Verbandstag zur scharfen Kritik (Metallarbeiter-Zeitung, 11.10.1919, S.1).

10– Protokoll 1919, S. 311

11– Zu Richard Müller, der die Novemberrevolution entscheidend mitprägte und der als Vorsitzender des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zum Leiter des „Zentralrates der Deutschen Sozialistischen Republik“ gewählt wurde und somit der höchste Repräsentant in Deutschland zur Zeit der Novemberrevolution war, liegt endlich eine biographische Studie vor: Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Band VII). Was bei ihm wie auch in der Brandler-Biographie von Jens Becker fehlt, ist die Beschreibung der engen Kooperation zwischen Brandler und Müller nach 1919 in der Gewerkschaftsfrage. Dazu u.a. Heinrich Brandler: Rede, gehalten auf dem 1. Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig 1920. H: Brandler: Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Chemnitz o.J. (Kommunistische Zeitfragen Nr. 1).

12– Miller zur Stuttgarter Resolution von 1919 und zum Organisationsstatut, Protokoll S. 161f. Zum Beschluß des Verbandstages des DMV in Stuttgart vgl. auch den Verbandstag in Jena, September 1921, Protokoll S. 285: Auseinandersetzung zwischen Dißmann und Jacob Walcher (mit Brass damals Sprecher der Fraktion der KPD im DMV). Interessant ist, dass in den 50er Jahren erneut ein zum Vorsitzenden gewählter Repräsentant der Linken (Otto Brenner) diese Reverspolitik wieder aufnahm, um die KPD-Mitglieder ausschließen zu können, die nicht bereit waren, sich vom KPD-Parteitagbeschluss (Gewerkschaften seien der verlängerte Arm des US-Imperialismus) schriftlich zu distanzieren.

Gruppe einer deutschen Volksfront im Exil. Nach 1945 ging er mit Seydewitz, Mewes, Glückauf und Warnke in die SBZ und wurde zum Hauptreferenten der Abteilung Personalpolitik des Parteivorstands der SED berufen.<sup>13</sup>

Nach Millers Abschied von Bremen eskalierten die Auseinandersetzungen unter dem neuen, von den Ultralinken in der KP-Parteizentrale eingesetzten Bezirksleiter Eugen Eppstein. Diese trugen 1924 zum Ausschluss führender „rechter“ Parteifunktionäre um Hans Brodmerkel, Adolf Ehlers und Willi Deisen bei, die später zu den Gründungsvätern der Bremer KPD (Opposition) gehörten und eng mit der Gruppe um Brandler und Thalheimer kooperierten. Damit stürzte die Bremer KPD „von der höchsten Höhe, die die kommunistische Partei eines hochentwickelten Landes je erklomm, in den tiefsten Abgrund“, konstatierte die nach 1945 erneuerte „Arbeiterpolitik“ in der Nummer 2 von 1954.<sup>14</sup> Selbst in der Frage der jährlichen Ehrung der Gefallenen der Räterepublik verschärfte sich der Dissens. Zum ersten Jahrestag am 4. Februar 1920 hatte man sich auf zwei Redner, auf Sepp Miller und den Sozialdemokraten Hermann Rhein, geeinigt. Danach blieb Willi Deisen bis 1928 der alleinige unumstrittene Redner. Nach seinem Ausschluss aus der KPD übernahm 1929 Hannes Koschnick als Bezirkssekretär der KPD unter der Leitung von Paul Taube diese Aufgabe – ohne große Resonanz. Zu der einen Tag später stattfindenden Feier aus Anlass des 10. Jahrestages, zu der von den oppositionellen Kommunisten eingeladen wurde, kamen dagegen rund 1 000 Bremer Linke, um Willi Deisen zu hören. Der erneute Linksschwenk der KPD führte einen Monat später zur vernichtenden Niederlage der RGO bei den Betriebsratswahlen von 1929. Lediglich 2 von 20 Betriebsräten gehörten im einstigen Vorreiterbetrieb, der A.G. „Weser“, zur revolutionären Gewerkschaftsopposition. Nur 5 237 der 9 266 Beschäftigten der Werft waren bereit, der gemeinsamen Liste von SPD und KPD ihre Stimme zu geben. Der Bremer Korrespondent des zentralen Organs der KPD (Opposition), „Gegen den Strom“, kommentierte am 23. März 1929 in seinem Beitrag diese Ereignisse iro-

nisch: Zwei Tage vor der Wahl „(...) erschien die Partei in Gestalt des Gewerkschaftssekretärs Koschnick auf dem Plan und verlangte EIGENE LISTEN (...) Trotz krampfhafter Bemühungen gab es buchstäblich niemand, der auf die eigene Liste wollte.“ Lediglich 50 bis 60 von den rund 300 Kommunisten, die auf der Werft arbeiteten, waren zur Sitzung erschienen. So blieb der Bezirksleitung nichts anderes übrig, als „sich auf die Linie der Rechten, Sozialdemokraten, Renegaten und Opportunisten zurückzuziehen und auf eigene Listen zu verzichten.“<sup>15</sup> Ein Jahr später hatte sich die Situation unter der neuen KP-Bezirksleitung mit Robert Stamm und Herbert Warnke verbessert. 1 570 Arbeiter wählten die Liste des DMV, 825 die der RGO. Lediglich bei der Jute gelang es der RGO, bei den Betriebsratswahlen von 1930 mit 774 Stimmen die ADGB-Liste zu überbieten (214 Stimmen).<sup>16</sup>

Um die Dimension der Auseinandersetzungen zu erfassen, seien hier kurz einige Mitgliedszahlen der linken Gruppierungen genannt: Im November 1918 konnten die Syndikalistinnen in Bremen 800 Mitglieder nachweisen, im Oktober 1919 3 500, darunter zahlreiche Werft- und Hafenarbeiter. Im Sommer 1920 registrierten sie 2 037 eingetragene Mitglieder in den Reihen der FAUD, der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalistinnen)“. Folgt man den Berichten der Polizei, die schon damals jede Versammlung der Bremer Linksradi-kalen beobachtete, dann kamen noch rund 1 000 Sympathisanten hinzu.<sup>17</sup> Erst als zahlreiche der „partefrommen“ kommunistischen Mitglieder in der „Allgemeinen Arbeiterunion“ (AAU) nach dem Einschwenken der Bremer KP-Führung auf die ideologische Linie der Zentrale zurück-

kehrten, gewannen die von der USPD beherrschten ADGB-Gewerkschaften Mitglieder zurück.<sup>18</sup> Das Bremer Ortskartell des ADGB wuchs von etwa 15 000 Mitgliedern (Ende 1918) auf knapp über 50 000 im Jahre 1922. Die Bremer Linksradi-kalen, die sich zu diesem Zeitpunkt „Internationale Kommunisten“ (IKD) nannten, besaßen 1919 nach Kuckuk „mit Sicherheit tausend, wenn nicht einige tausend Mitglieder“. Der Lagebericht der Polizei vom 9. Februar 1920 weist 3 524 KPD-Mitglieder nach, für den gesamten Bezirk Nordwest 7 275, mitbedingt durch die Tatsache, dass die KAPD als „Oppositionspartei Bremen zur Gesamtpartei zurückgekehrt ist“, wie der Lagebericht der Nachrichten- und Polizeistelle Bremen vom 17. April 1920 festhielt.<sup>19</sup> Das Hauptpotential ihrer Mitglieder hatte die anarchosyndikalistische Bewegung in Bremen vor allem unter den Hafenarbeitern gewonnen, die sich im „Deutschen Seemannsbund“ (DSB) organisierten. Dazu kam eine nicht unbeträchtliche Zahl von Metallern in der Schiffbauindustrie und von Bauhandwerkern. Dieser Hinweis auf die soziale Rekrutierungsbasis des Blocks antiautoritärer und antiparlamentarischer Sozialisten und Kommunisten verlangt, kurz auf die Bremer Parteivorgänge der noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie vor und während des Ersten Weltkriegs einzugehen.

### „Ein Schulbeispiel: Die Parteivorgänge in Bremen“<sup>20</sup>

Die von den Bremer Linksradi-kalen herausgegebene Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ hatte das Konzept der Einheitsorganisation schon ab Juli 1916 propagiert und um eine Ar-

13– Eine seiner ersten unangenehmen Aufgaben bestand darin, als Mitglied einer Untersuchungskommission tätig zu werden, die unter dem Vorsitz von Georg Wolf ehemalige Funktionshäftlinge aus Buchenwald (Ernst Busse und Walter Barthel) des schweren Fehlverhaltens überführte. (M. Overesch, Buchenwald und Weimar oder die Suche nach der Selbstlegitimation, 1995, S. 218ff.)

14– „Arbeiterpolitik“, Nr. 2, 1954, zitiert nach: Die Bremer Linksradi-kalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1979, S. 63f.

15– Gegen den Strom, Nr. 12, 2. Jg., 1929, S. 12: „Die Partei, die Betriebsratswahlen und wir“.

16– Jörg Wollenberg u.a.: Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-33, Frankfurt/M 1983, S. 105

17– Staatsarchiv Bremen (StAB) 4,65-517, Blatt 45 und 518, Blatt 50.

18– Kuckuk, a.a.O., 1996, S. 31f. 43ff. Die FAUD hatte zu diesem Zeitpunkt mit rund 150.000 Mitgliedern im Reich ihren „quantitativen Kulminationspunkt“ erreicht (Rübner, Freiheit und Brot, 1994, S.36).

19– Peter Kuckuk, a.a.O. 1996, S.43

20– So der Titel des Beitrags in der „Arbeiterpolitik“, 1.Jg., Nr. 21, 11.11.1916, 1975, S.163. (Fortsetzung der Fußnote auf S.20)

tikelserie zum Thema „Anarchismus und die Internationale“ ergänzt:<sup>21</sup> „Wir halten die Spaltung (im nationalen wie internationalen Maßstabe) nicht nur für unvermeidlich, sondern für eine Vorbedingung des wirklichen Wiederaufbaus der Internationale, des Wiederaufwachens der proletarischen Arbeiterbewegung“, heißt es einleitend (S.28). Aber nach dem Spaltungsprozess müsse der „Einigungsprozess“ als „ein langer Kampfprozess“ beginnen (S.37). Am 24. Juni 1916 hatte die vom Bremer Sprecher der Linken, Johann Knief (Peter Unruh), redigierte und von seinen Freunden, den revolutionären Sozialisten Anton Pannekoek (K. Horner), Karl Radek, Heinrich Eildermann und Paul Frölich, redaktionell unter Pseudonymen unterstützte „Arbeiterpolitik“ den ersten Jahrgang mit einem Grundsatzartikel über eine neue „Epoche der Arbeiterpolitik“ eingeläutet: „Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen. (...) Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bureaucratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus.“<sup>22</sup>

Am 11. November 1916 zog die „Arbeiterpolitik“ eine erste Bilanz – im zehnten Monat nach der ersten öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite durch „die Opposition des Parteizentrums“ und sieben Monate nach der Konstituierung zu einer selbständigen Fraktion als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (24. März 1916). Auf der Tagesordnung stand jetzt die Frage nach „einer klaren, schlagkräftigen, aktionsfähigen und zum Handeln entschlossenen Partei“ und den „Aufgaben eines neuen Jugendorgans“.<sup>23</sup> Unter dem Titel „Ein Schulbeispiel“ wurden dabei die „Parteivorgänge in Bremen“ einer genauen Betrachtung unterzogen, weil sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Interesse beanspruchten:

„In ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der ‚Bremer Bürger-Zeitung‘ deren politische und taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Härte geführt, so dass lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war.“<sup>24</sup>

Damit sind einige der Voraussetzungen dafür genannt, dass „eine radikalere Luft in der Partei zu wehen begann“, wie Heinrich Brandler festhielt, als er 1904 seine Tätigkeit in Bremen begann.<sup>25</sup> Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindu-

strie, verstärkte die „Fundamentalpolitisierung“ in der Arbeiterbewegung Bremens, deren Gewerkschaftskartell 1904 15 471 Mitglieder nachweisen konnte, von denen lediglich ein Drittel politisch in der Sozialdemokratie organisiert war. Die Bevölkerung wuchs in der Hansestadt von rund 125 000 Einwohnern um 1890 auf 250 000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Gröpelingen und Hastedt.<sup>26</sup> Einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung und auf die Kultur- und Bildungspolitik übte seit der Jahrhundertwende die von den Bremer Linken unter ihren Chefredakteuren Heinrich Schulz und Alfred Henke geprägte „Bremer Bürgerzeitung“ aus – mit ihren mehr als 10 000 Abonnenten bei einer Auflage von 22 500 Exemplaren um 1913. Ihr Redakteur Heinrich Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 mit zahlreichen Bremern in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit eingesetzt hatte. Aufgabe sozialistischer Jugenderziehung sei es, so Brandler am 30. Juni 1908 in der Bremer Bürgerzeitung (BBZ), Jugendliche zu „tüchtigen Klassenkämpfern“ zu erziehen.<sup>27</sup> Mit den damaligen Repräsentanten der Bremer Linken, Alfred Henke und Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, wurde Heinrich Brandler gegen die Vertreter des reformistischen Flügels (Hermann Rhein und Carl Winkelmann) zum Delegierten auf dem Parteitag in Nürnberg (13.-19.9.1908) gewählt, der über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der inzwischen von Heinrich Schulz geleiteten SPD-Parteischule in Berlin zu entscheiden hatte. Der junge Bremer Lehrer Heinrich (Arnulf) Eildermann hatte dafür das Lied der Arbeiterjugend geschrieben – zu der Melodie des Andreas Hofer-Liedes: „Dem Morgenrot entgegen, / ihr Kampfgenossen all! (...) Vorwärts, du junge Garde des Proletariats!“

Beeinflusst von den radikalen Sozialisten, entwickelten die Bremer eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben dem Goethebund-Streit (1905) und der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen

Vgl. hierzu und zu dem Folgenden: Gerhard Engel, *Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919)*, Berlin 1967; Erhard Lukas, *Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges*, Bremen 1969; Karl-Ernst Moring, *Die SPD in Bremen 1890-1914*, Hannover 1968; Hansgeorg Conert, *Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der ‚Bremer Linken‘ zwischen 1904 und 1914*, Bremen 1985; Peter Kuckuk, *Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution. Räterepublik. Restauration*, Bremen 1986; Jens Becker, *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001; Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923*, Darmstadt 1993; Doris Kachulle, (Hg.), *Die Pöhlands im Krieg*, Neuausgabe, Köln 2006.

21– „Arbeiterpolitik“, 1. Jg., Nr. 4 (15. Juli 1916) bis Nr. 10 (26. August 1916). Artikelserie zu dem Thema „Einheit oder Spaltung der Partei?“ Unveränderter Neudruck mit einer Einleitung von Gerhard Engel, Leipzig 1975, S. 25-76.; zu „Anarchismus und die Internationale“, Nr.4, S.28f., Nr.5, S.37f.

22– Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, 1.Jg., Nr.1, 24. Juni 1916, (1975), S.1

23– Arbeiterpolitik, 1.Jg., Nr.21, 11.11.1916, S.161ff.

24– Dieselbe, S. 163f.

25– Zitiert nach Jens Becker, *Heinrich Brandler*, Hamburg 2001, S.28

26– Vgl. Moring, 1968, S.221

27– Heinrich Brandler, *Gewerkschaften und Jugenderziehung*, in :BBZ, Nr.139, 30.6.1908.

Lehrern aus dem Schuldienst (1906) vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer geplanten Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug. In der innerparteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zentrum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistische „Ermattungsstrategie“ von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für „Die Neue Zeit“ und die BBZ das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen.<sup>28</sup> Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde – gestützt auf die Stimmung der Bremer Werftarbeiter – für die Masse der Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein.<sup>29</sup>

Anton Pannekoek hatte in seinen Bremer Jahren als theoretischer Kopf und hauptamtlicher Weiterbildungslehrer die Massenstreik-Diskussion innerhalb der SPD – in kritischer Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg und Karl Kautsky – mit seiner Theorie der revolutionären Massen in einem von Spontaneitäts-Prämissen geprägten Organisationsverständnis weiterentwickelt. Er maß dabei dem subjektiven Faktor eine immer größere Bedeutung zu und wurde deshalb von Karl Kautsky des „Radikalismus“ und der „syndikalistischen Verirrung“ verdächtigt.<sup>30</sup>

In Übereinstimmung mit den Syndikalisten gestand Pannekoek in seiner Kritik an den Gewerkschaften der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) zu: „Wenn die Syndikalisten die revolutionäre Aktivität predigen, so ist das sicher ein gutes und notwendiges Prinzip; auch ist es richtig, dass die Quelle aller Aktionskraft in den Mitgliedern steckt, die die Ausbeutung direkt erleiden, und dass also der Einfluss der Mitglieder gestärkt werden muss“.<sup>31</sup>

Aber es waren nicht diese Differenzen in der Gewerkschaftsfrage, die zwischen Rosa Luxemburg als Theoretikerin der „Spartakus-Gruppe“ und Anton Pannekoek als herausragenden Kopf der „Internationalen Sozialisten“ (ISD, ab 1918 IKD) zum Bruch der Bremer Linken mit Rosa Luxemburg führten. Die langjährige Kampfgemeinschaft zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken zerbrach an der Verteidigung ihres

polnischen Intimfeindes Karl Radek durch die BBZ. In einem handschriftlichen Brief vom 15.11.1912 verweigerte sich Rosa Luxemburg, „in der Bremer Bürger-Zeitung gegen Kautsky zu polemisieren“, weil „Ihr Blatt seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft (...) bloß eines Individuums wegen und bloß unter Einflüsterungen dieses Individuums.“ Und sie fuhr fort: „Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des ‚Radikalismus‘ in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatt beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen ein Mann wie Sie gut tun würde, respektvoll den Hut zu ziehen. (...) Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation auf das schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist“. Radek hatte in Polen gegen Rosa Luxemburg, aber mit Wladimir Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit für die staatliche Autonomie Polens plädiert und den Führungsstil von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in ihren polnischen Jahren kritisiert. Rosa Luxemburg beendete den Brief an Henke folgendermaßen: „Solange solche Zustände (einer Cliquenwirtschaft) in der Bremer Bürger-Zeitung herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft in diesem Blatt keine Rede sein.“<sup>32</sup>

Halten wir fest: Die Auseinandersetzung mit den freien Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Bremer Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der 1905 nach zahlreichen Abstimmungsniederlagen zum Parteivorstand nach Berlin ging, gewannen in Bremen durch den Rückgriff auf die Theorien von Luxemburg und Pannekoek eine neue Qualität, die in der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel des Massenstreiks und der Gewerkschaften zu jahrelangen

Auseinandersetzungen der Linken in der Sozialdemokratie mit den Funktionären in den Gewerkschaften führte. Und weil es den Bremer Linken nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gewann die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung – mit der Gründung einer autonomen Bildungseinrichtung durch die 1905 vollzogene Trennung vom bürgerlichen „Goethe-Bund“ und die Einstellung einer fest und gut besoldeten Lehrkraft (Pannekoek), um die Erziehung zum kritischen und selbständigen Denken zu fördern. (dazu evtl. handschriftlicher Brief Pannekoeks an Adolf Dannat)

Bis Ende 1918 gab es kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbar starke Basis besaßen wie die Linksradikalen in Bremen. Das war auch das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems auf den Werften und der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der Sozialdemokratie bis 1917. Von der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken<sup>33</sup> dadurch, dass sie das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war. Außerdem verweigerten sie aus prinzipiellen Gründen jegliches organisatorisches Zusammengehen mit der zentristischen USPD. In der Bürokratie der alten Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, erkannten sie den Kern des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit den Anarchosyndikalisten teilten sie die Überzeugung von der totalen Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Ersten Weltkrieg. Des-

28– Anton Pannekoek, *Massenaktion und Revolution*, in: *Die Neue Zeit*, 1912, Bd.2, 30. Jg., S. 541ff., 585ff., 609ff.; vgl. auch BBZ vom 3.4., 9.5., 2.8., 27.8., 2.9.1913.

29– So auf einer Mitgliederversammlung am 26.11.1911 (BBZ, 22. und 27.9.1911); vgl. Moring, 1968, S.163

30– Karl Kautsky, *Der jüngste Radikalismus*, in: *Die Neue Zeit*, 31.Jg., 1913, Bd. 1, s. 436ff.

31– Anton Pannekoek, *Der deutsche Syndikalismus*, in „Pionier“, 3. Jg. 1913, Nr.52.

32– Rosa Luxemburg, *Gesammelte Briefe*, 1983, Bd. 4, S. 257f.

33– *Wir folgen hier den bei Kuckuk*, 1986, S. 32 angegebenen Zahlen und Einschätzungen, auch wenn die Bremer Polizeidirektion die Stärke lediglich auf „einige 80 Köpfe“ bezifferte.

halb plädierten sie ab August 1917 bis März 1920 als linkskommunistisches Sammelbecken der Opposition (ISD/IKD) in der Ende 1918 mit ihrer Unterstützung in Berlin neu gegründeten KPD (Spartakus) für eine neue „gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation“, genauer für die notwendige Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den „Einheitsorganisationen“. Auf dem Gründungsparteitag der KPD scheiterten sie mit dem von Felix Schmidt eingebrachten Antrag, die Einheitsorganisation durchzusetzen, am Widerspruch von Rosa Luxemburg.<sup>34</sup> Dagegen gelang ihnen in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein Erfolg über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit 62 gegen 23 Stimmen siegten die „Rühlianern“ (Otto Rühle) mit den Bremer Arbeitern. Sie plädierten für die Nichtbeteiligung. Dazu schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 11. Januar 1919: „Vergiss nicht, dass die Spartakisten zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ‚alten bewährten‘ Partei – und das muss mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen.“<sup>35</sup>

Durch die Zusammenarbeit mit Lenin und Radek hatten die Bremer Linken früh Kontakt zu den Anhängern der Februar-Revolution von 1917 und damit zur bolschewistischen Richtung der russischen Sozialdemokratie. Sie kritisierten aus prinzipiellen Gründen das Organisationsmodell der Bolschewiki. Trotz dieser Kritik identifizierten sie sich mit als erste politische Gruppierung mit der erfolgreichen bolschewistischen Oktoberrevolution.<sup>36</sup>

Dennoch ist dem Bremer Konzept der antizentralistischen und

antiparlamentarischen Organisationsvorstellung eine Nähe zu der niederländischen SDP von Anton Pannekoek und Hermann Corter mit deren Forderung nach der „Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats“ nicht abzusprechen, auch nicht zu dem kommunistischen Anarchismus von Gustav Landauer und dem Linkskommunismus von Erich Mühsam und Otto Rühle. Letztere waren übrigens bis 1933 häufig Gäste auf kulturpolitischen Veranstaltungen der Linken in Bremen. Durch Ankündigung in der Tagespresse erfuhren so die Bremer, dass Erich Mühsam am 27. September 1929 über „Kunst und Proletariat“ im Café Flora sprechen würde. Und am 8. Mai 1929 veranstaltete die Orts-Arbeits-Börse der Freien Arbeiter Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) in Bremen-Walle eine internationale Kundgebung gegen Faschismus und Diktatur mit Erich Mühsam als Hauptredner und dem Arbeitergesangverein Bremen unter Leitung von Hermann Böse (KPD). Die prominenten Repräsentanten der Syndikalisten traten immer wieder in Bremen auf. Rudolf Rocker referierte 1925 über „Nationalismus und Proletariat“, während Helmut Rüdiger im Februar 1929 über „Kunst und Revolution“ zu Wort kam.<sup>37</sup> Ihre Präsenz in den Kulturorganisationen der traditionellen Arbeiterbewegung wirkte dort stets der parteipolitischen Dominanz in den Kulturverbänden entgegen. Nach wie vor traf ihre Kritik am „Bonzentum“, am „Verrat der Führer“ und an der „Bürokratisierung“ der deutschen Arbeiterbewegung auf Resonanz. Die von den Bremer IKPD-Mitgliedern schon auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) Ende 1918 vertretene Parole „Heraus aus den Gewerkschaften – Hinein in der Arbeiter-Unionen!“ wirkte nicht nur als Ori-

entierung für Oppositionelle in der KPD nach. Sie gewann angesichts des Versagens der Gewerkschaftsführung und der Vorstände der beiden großen Arbeiterparteien in der Endphase der Weimarer Republik, vor allem aber durch die totale Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Faschismus neue Anhänger. Erneut stand die Frage nach der Überlebtheit der traditionellen Gewerkschaften und Arbeiterparteien auf der Tagesordnung und sollte die Diskussion um die Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den „Einheitsorganisationen“ prägen. Der Blick auf die Ereignisse im Spanischen Bürgerkrieg verband sich für die deutsche Linke dabei mit der Hoffnung auf einen Neuanfang nach dem Sieg über den Faschismus. Und dennoch begann der Streit schon bei der Grundsatzfrage: Einheitsorganisation oder Volksfront mit dem bürgerlichen Lager? Was ist das Ziel auf dem Weg zum Neu-Beginnen? War es in Bremen zum Beispiel die von Jugendlichen mitgeprägte Widerstandsgruppe, von denen 108 Vertreter/innen 1936 wegen der „Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten“ nach monatelanger Einzelhaft vor dem Sondergericht des Volksgerichtes in Bremen in einem öffentlichen Schauprozess zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Einige von ihnen gehörten zu denjenigen, die nach 1945 in der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF) für einen Neuanfang im Rahmen einer Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung eintraten. Erneut vergebens – trotz der feierlichen Erklärung auf der Abschlusstagung der KGF vom 16. Dezember 1945: Die KGF „verpflichtet alle ihre Mitglieder, in den bestehenden und noch entstehenden proletarischen, politischen, gewerkschaftlichen, Kultur-, Jugendorganisationen usw. weiter für die Kampfziele der KGF zu wirken. Im Mittelpunkt dieses Kampfes muss heute mehr denn je das Hauptziel der Kampfgemeinschaft, die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei stehen“.<sup>38</sup>

Jörg Wollenberg

34– Vgl. Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Band 4, 1974, S.485ff.

35– Rosa Luxemburg, *Gesammelte Briefe*, Band 5, Berlin 1984, S.426f.

36– Vgl. neben den Arbeiten von Gerhard Engel die Studie von Hansgeorg Conert, *über Reformismus und Radikalismus*, 1985, S. 387-399; Peter Kuckuk, *Bremen in der Deutschen Revolution*, 1986, S. 26-33. Kritisch dazu in Auseinandersetzung mit Engel: G. Mergner, *Johannes Knief und seine Region*, Teil I, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit*, Berlin 1980, Nr.1, S. 85-117; Teil II, in Nr. 2/3, S. 45-89.

37– Jörg Wollenberg u.a.; *Von der Krise zum Faschismus*, 1983, S.57; Peter Kuckuk, a.a.O., 1996, S. 38

38– Jörg Wollenberg, *Nazi-Jahre 1933-1939. Erinnerungen von Henry Oliver*, in: *Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte*, 21/22, Bremen 2008, S. 19-46; *Gemeinsam begann es 1945. „Der Aufbau“ schrieb das erste Kapitel. Originaltreuer Nachdruck des „Aufbau“, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF), Bremen 1945/46, Frankfurt/M 1978, Nr. 11, Jan 1946, S.5*

Den zweiten Teil des Artikels drucken wir in der nächsten Arbeiterstimme ab!

## Bundestagswahlen 2009:

# Die Klassengesellschaft bestätigt die Klassenverhältnisse

**N**eunzehn Jahre nach dem Anschluss der DDR erfolgt die sechste Bundestagswahl im tiefsten konjunkturellen Einbruch der Weltwirtschaft seit achtzig Jahren. Wo bald zwanzig Prozent der Haushalte unterhalb oder an der statistischen Armutsgrenze mit kargen staatlichen Transferleistungen oder unterbezahlten Jobs irgendwie

ihre Lebensführung meistern, bewirkt das nach über dreißig Jahren Eingewöhnung an einen Erwerbslosensockel von zehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung öffentlich wenig Aufregung. Üppige staatliche Finanzhilfen wie Bürgschaften an vom Zusammenbruch bedrohte Banken, gestreckte Kurzarbeitsregelungen im verarbeitenden Gewerbe, Kaufprämien für PKW-Neuzulassungen und Nachfrage schaffende Investitionsvorhaben im öffentlichen Sektor ergeben bislang eine Lage, in der Stammebelegschaften vorerst von Entlassungen verschont blieben. Verabschieden aus den Industriebetrieben mussten sich 163 000 Leiharbeiter. Fast jeder vierte „Zeitbeschäftigte“ geriet wieder in die Obhut der Arbeitsagenturen. Am 12.06.09 kam das Handelsblatt zu folgender Bewertung: „Ein Blick auf frühere Krisen zeigt, dass die Unternehmen auch im Abschwung nach der Jahrtausendwende ihre Kosten erst zeitverzögert in den Griff bekamen. 2001 sanken bei den Dax-Konzernen die Nettogewinne um 54 Prozent, die Umsätze aber ‚nur‘ um rund sechs Prozent. Obwohl in den beiden folgenden Krisenjahren die Umsätze bei den meisten Firmen stagnierten oder sogar weiter fielen, legten die Gewinne 2002 durchschnittlich um 35 und 2003 um weitere 15 Prozent zu. Verantwortlich waren neben der niedrigen Ausgangsbasis, die sich die Unternehmen durch Milliardenabschreibungen geschaffen hatten,



„Wilde“ Stahlarbeiterstreik 1969

*Rationalisierungen, Entlassungen und Standortverlagerungen in andere Länder. Ähnliches dürfte auch jetzt wieder bevorstehen. Zwar hatte Siemens-Vorstandschef Peter Löscher beim Job-Krisengipfel im Kanzleramt einen Kündigungsverzicht angeboten. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte darauf längst nicht alle Dax-Konzerne einschwören können. Spätestens nach der Bundestagswahl im September dürften die Unternehmen ihre bisherige Rücksicht auf die Politik aufgeben.“*

Um die aktuelle Situation mit ihren klassenpolitischen Auswirkungen einschätzen zu können, ist ein kurzer Rückblick angebracht. Wenn gleich es die CDU/FDP-Regierung unter Kanzler Kohl nach 1983 vermochte, vorher erreichte sozialstaatliche Leistungen abzubauen und Unternehmens- wie Vermögensgewinne steuerlich zu begünstigen, stellte sie das gesetzliche Altersrentensystem wie die Erwerbslosenunterstützung in ihrer herkömmlichen Funktion der Lebensstandardsicherung und paritätischen Finanzierungsweise nicht in Frage. Dennoch blieb die Wirkung nicht aus: 1982 noch mit 73,2 Prozent ausgewiesen, gelang bis 1990 die Reduktion der Bruttolohnquote des Volkseinkommens auf 67,8 Prozent. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommensquote kletterte in diesen acht Jahren von 26,6 Prozent wieder hinauf zu 30,6 Prozent bereits am Ende von vierzig Jahren BRD-West.

Erst die aus dem Verdruss über sechzehn Jahre Kohl-Regierung entstandene Wählerstimmung kreditierte 1998 dem Regierungsbündnis aus SPD und Grünen die Wahlperiode, in der mit der Einführung der „Riesterrente“, dem Ersatz bruttolohnbasierter Rentenanteile durch private Sparleistungen, faktisch die Agenda-Politik zugunsten niedrigerer Lohn-

stückkosten der Unternehmen noch mehr forciert wurde. Nur noch mit knapper Mehrheit im Amt belassen, führte nach 2002 die Regierung unter SPD-Kanzler Schröder den nächsten Schlag jetzt gegen das bewährte System der Erwerbslosenversicherung: Begrenzung des Bezugs von Arbeitslosengeld auf ein Jahr, danach Abschieben der Erwerbslosen in ein steuerfinanziertes, rigide wie demütigend erdachtes Fürsorgesystem (Hartz IV), um die nach vorheriger Verdiensthöhe berechnete steuerfinanzierte Lohnersatzleistung Arbeitslosenhilfe für Langzeiterwerbslose zu erledigen. Kanzler Schröders Spruch „es gibt kein Recht auf Faulheit“ sollte nun, obwohl akzeptable Stellenangebote fehlten, vermeintlich bequem gewordenen Erwerbslosen bei der Arbeitssuche mehr Elan verleihen. Denn erreichte ein Beschäftigter vor seiner Entlassung z.B. etwa einen Nettoverdienst nahe bei 2 000 Euro, konnte er bis Ende 2004 als Arbeit suchender Arbeitslosenhilfebezieher mit der monatlichen Lohnersatzleistung Arbeitslosenhilfe von etwas über 1 000 Euro plus Versicherungszuschlägen rechnen. Auf ein annehmbares Stellenangebot zu hoffen und sich nicht auf zudem unsichere Stellenangebote weit unter dem vormaligen Verdienst einzulassen, ist in solcher Situation nur rationell. Einen unsicheren Job für nur 1 000 Euro anzunehmen bedeutete im übrigen

bei erneuter Entlassung in der Folge eine fast halbierte Erwerbslosenunterstützung.

Neben der erwarteten Einsparung von Transfergeldern verfolgte die Einführung des an der Sozialhilfe orientierten Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) die Absicht, den längst existierenden Niedriglohnbereich im Dienstleistungsgewerbe noch weiter und auf andere Branchen auszudehnen, um damit einer allgemeinen Senkung des historisch erreichten Werts der Arbeitskraft näher zu kommen. In einem Interview des Spiegel-Spezial 5/2008 bemerkte dazu der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn: „Lohnersatzleistungen, von der Sozialhilfe über die Arbeitslosenhilfe bis zur Frührente, wirken wie ein Mindestlohn. Die Gelder fließen, wenn man nicht arbeitet, und sie versiegen, wenn man es tut. Deshalb braucht man mindestens soviel Lohn, wie der Staat fürs Nichtstun zahlt. Die Leistungen wurden seit Willy Brandt immer mehr

ausgebaut, mit dramatischen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Von Boom zu Boom ging die westdeutsche Sockelarbeitslosigkeit um 800 000 hoch. Diese Gesetzmäßigkeit wurde mit der Agenda 2010 durchbrochen.

Spiegel: Wie das?

Sinn: Die Agenda hat den deutschen Mindestlohn durch zwei Maßnahmen verringert: Erstens wurde die Arbeitslosenhilfe gestrichen und zweitens ein Lohnzuschussystem eingeführt, die Aufstockung bei Hartz IV. Beides hat die Lohnansprüche gesenkt. Je mehr Zuschuss man vom Staat kriegt, desto kleiner kann der Lohn sein. Als Folge dieser Reformen entstand ein Niedriglohnsektor. Und deshalb ist erstmals seit 1970 vom einen zum anderen Aufschwung die westdeutsche Sockelarbeitslosigkeit nicht um 800 000 Personen gestiegen, sondern um 300 000 gesunken. Das macht in der Summe eine Verbesserung von 1,1 Millionen Stellen wegen der Agenda 2010. Diese Trendumkehr ist ein Riesenerfolg.“\*

Für wen? Dass in West wie Ost und dort noch radikaler mehrer Millionen Industriearbeitsplätze allein seit 1990 durch Betriebsverschlingung, Schließung oder Verlagerung verschwanden, scheint den Angebotstheoretiker Sinn nicht zu irritieren. Ist erst der Lohn niedrig genug, ist auch „Arbeit da“, spricht ein Arbeitskraftnutzer, der sich vom Arbeiter womöglich noch Lohnanteile aus steuerfinanzierten Staatszuschüssen mitbringen lässt. So kommt dann auch ein Profit rein. Dieser Entwicklung setzten die Vorstände in den DGB-Gewerkschaften mit ihren SPD-Mitgliedsbüchern in den Westentaschen außer hochgezogenen Augenbrauen nichts entgegen. Ja sie finanzierten noch mit Gewerkschaftsgeldern seit der Großdemo in Bonn 1996 bis 2002 Wahlkampfunterstützung für „Rot-Grün“. Über die Folgen beschwert sich heute Amelie Buntenbach, seit 2006 im DGB-Bundesvorstand, in der Berliner Zeitung vom 07.09.2009 und fordert „ein befristetes Überbrückungsgeld, das verhindern soll, dass Arbeitslose nach einem Jahr in Hartz IV abgedrängt werden (...). Das Geld soll während der Krise im Anschluss an das Arbeitslosengeld I in gleicher Höhe für zunächst zwölf Monate gezahlt werden. (...) Es ist schlimm genug, dass Beschäftigte wegen der Finanzmarktspekulationen arbeitslos werden. Es muss aber alles dafür getan werden, dass ihnen Hartz

IV erspart bleibt und sie schnell wieder Arbeit finden. Dafür braucht es keinen künstlichen Druck. Im Gegenteil: Die verschärfte Zumutbarkeit für Arbeitslose hat ja dazu geführt, dass viele in Jobs gezwungen werden, von denen sie nicht leben können und die zudem wegen der Aufstockung auf Hartz-IV-Niveau die Sozialkassen belasten.“

Die Reihenfolge der Rentenabsenkung und Abschaffung der Arbeitslosenhilfe kam nicht von ungefähr. Denn es betraf ja nicht unmittelbar die Masse derjenigen, die „voll im Berufsleben“ stehen, und ihre tariflich abgesicherten Normalarbeitsverhältnisse sicher wahren. Rentner und Hartz IV? Das sind immer die anderen. Dennoch verweisen neueste Umfragen auf „große Angst“ vor steigender Arbeitslosigkeit bei zwei von drei Befragten, obschon eigener Arbeitsplatzverlust nur jeden zweiten direkt ängstigt. In den Haushalten mit einem Hauptverdiener-Nettoeinkommen von 2 000 Euro und mehr sorgen sich nur noch sechzehn Prozent um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Dass die Politiker mit den Problemen überfordert sind, auch keine Partei ein plausibles Konzept für die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat, dieser Ansicht ist jeder zweite. Hoffnungen auf weiteres Wirtschaftswachstum durch Umstieg auf neuartige Produkte, Appelle an den schnödesten Eigennutz mit Steuer-senkungsversprechen, sogar eingegrenzte Gehälter für Top-Manager sollen die Wahlberechtigten der sogenannten Mehrheitsgesellschaft veranlassen, erneut die Parteien zu wählen, deren Politik die Verhältnisse hervorrufen, die Skepsis und Angst erzeugen. Alle Landtagswahlen wie die Europawahl in diesem Jahr belegen einen stabilen Zuspruch zur CDU um die fünfunddreißig Prozent, während die anderen Parteien SPD/Grüne/FDP versehen mit der Akzeptanz oder Unabdingbarkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie der dazu passenden NATO-Treue, genannt Grundkonsens, zusammen weitere fünfzig Prozent Wählerzustimmung erwarten dürfen. Zudem: Die Wahlpräferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland belegen nach wie vor mit etwa 35 Prozent eine starke Bindung an die SPD, wobei auch die Präferenz für die CDU mit über

„Erst wenn die fragliche Produktionsweise ein gut Stück ihres absteigenden Asts hinter sich, wenn sie sich halb überlebt hat, wenn die Bedingungen ihres Daseins größtenteils verschwunden sind und ihr Nachfolger bereits an die Tür klopft – erst dann erscheint die immer ungleicher werdende Verteilung als ungerecht, erst dann wird von den überlebten Tatsachen an die sogenannte ewige Gerechtigkeit appelliert. Dieser Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Fingerbreit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Entrüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehn, sondern nur ein Symptom. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die neu hervortretenden gesellschaftlichen Mißstände als notwendige Folgen der Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen, und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Mißstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausches aufzudecken.“

(Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 139)

25 Prozent nicht übersehen werden darf (siehe DGB-Info-service einblick 1,11,15/09). Bei allen Vorbehalten im einzelnen (drei von vier Wahlberechtigten lehnen das deutsche militärische Engagement in Afghanistan ab – mit welcher Konsequenz?) gelingt der Masse der Wähler nicht die Vermittlung, dass die Verkünder von Wohlstandsteilhabe durch Wachstum letztlich hohen Profit für eine Minderheit meinen und die Rahmenbedingungen mit allen destruktiven wie sozial erniedrigenden Folgewirkungen schaffen, damit es so bleibt. Die Frage: „Wie zufrieden sind sie mit der Demokratie in der Bundesrepublik und dem ganzen politischen System?“ die der Spiegel 17/08 für seine Titelgeschichte „Wie ticken die Deutschen“ stellen ließ, bejahten 12% der Männer mit „sehr“ (Frauen 6%). „Einigermaßen“ zufrieden sind Männer noch mit 54% (Frauen 65%), während sich 34% der Männer (Frauen 29%) auf die Antwort „gar nicht“ festlegten.

Nur Ignoranten dürften die Korrelation zum Stellenwert der Parteien, der Akzeptanz der Verhältnisse aber auch dem Ausmaß der zunehmenden Wahlenthaltung übersehen.\*\*

Wozu sich daher über das Ergebnis einer jüngst von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung initiierten Studie wundern, derzufolge abzüglich der Schulden die Deutschen über 6,6 Billionen Euro Privatvermögen verfügen? „Doch vom privaten Geldvermögen besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung fast ein Viertel, das reichste Zehntel sogar 61 Prozent. 2002 waren es der Studie zufolge noch weniger als 58 Prozent. Über mindestens 222 000 Euro verfügt jedes Individuum in dieser Bevölkerungsschicht. Gezählt wurden Geld, Immobilien und Sachmittel – ohne Auto, Hausrat und gesetzliche Rentenansprüche“ (Der Tagesspiegel 22.01.2009).

Alles Gerede von mehr Bankenaufsicht und stärkerer Regulierung der Abläufe an den Finanzmärkten darf nicht von der fälligen Überproduktionskrise ablenken, deren konjunktureller Einbruch vordergründig als Folge überdrehter Spekulationsgeschäfte und skrupellosen Weiterrei-

chens von Anlagerisiken erscheinen soll. Im Rückgang der Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes allein in Deutschland von 86,1% im April auf 71,4% im Juni kommt die Dramatik des Auftragsrückganges im Maschinenbau so gar nicht zur Geltung. Dort traten zum Vorjahr Auftragseinbrüche von über 40% im ersten Halbjahr 2009 ein. Mit noch effektiverem Kapitaleinsatz bei der Produktionsmittelausstattung und weniger Beschäftigten geht es in den



nächsten Konjunkturzyklus. Für diesen Verlauf mag die skeptische Voraussage des Vorstandsvorsitzenden des Spezialchemie-Konzerns Lanxess in Leverkusen, Axel C. Heitmann, zutreffen: „Wir sind alle gut beraten, dass diese Krise länger dauert, als wir bisher angenommen haben. Alle müssen lernen, mit den gegebenen Verhältnissen zu Recht zu kommen, statt zu früh in Optimismus zu schwelgen. Aus meiner Sicht gibt es keine Indikatoren dafür, dass diese Krise früher beendet ist. Sie wird eher später überwunden sein. Danach wird sich die Wettbewerbslandschaft verändert haben. Wir werden mit anderen Wachstumsraten auf einer niedrigeren Basis zu leben haben.“ (FAZ, 30.6.09)

Um dann in der Konkurrenz zu bestehen, kann nur erhöhte Arbeitsproduktivität zu Kostpreisen führen, die Absatz und Gewinn garantieren. Die Steigerung der Bruttowertschöpfung setzt sich auf neuer Stufe fort unter oben genannten angstbesetzten Bedingungen. „Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überar-

beit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andren Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.“ (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23, S.665 f.) In der widersprüchlichen Einheit von Ka-

pital und Lohnarbeit kollidieren daher gleichfalls Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.\*\*\*

In Anbetracht der Tatsache einer seit fünf Jahren bei etwas mehr als dreiundzwanzig Millionen stagnierenden Zahl von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland käme es darauf an, wie Marx weiter ausführt, „allgemein die Arbeit auf ein rationelles Maß“ zu beschränken, um den von ihm beschriebenen Effekt aufzuheben. Trotz tariflich kürzerer Arbeitszeit

wird hierzulande im Schnitt wieder über vierzig Wochenstunden pro Beschäftigtem gearbeitet. Hier hätte eine gesellschaftliche Linke einzugreifen. Allein das Zusammenfinden in Initiativkreisen zur Aneignung und öffentlichen Darstellung von Argumenten für einen Neuen Normalarbeitstag von sechs Stunden wäre ein ermutigender Ansatz. Aber was geschieht momentan in den Zirkeln mit der relativ größten Reichweite in die Gesellschaft? Um der gewiss schwierigen, aber notwendigen direkten Auseinandersetzung für täglich spürbare Erleichterungen im Alltagsleben auszuweichen, die nur durch tägliche Arbeitszeitverkürzung eintreten können, tischen neoreformistische Kräfte aus dem Apparat der IG Metall und der Linkspartei altbackene und fragwürdige Mitbestimmungs-\*\*\*\* wie Kapitalbeteiligungskonzepte auf, die politisch Interessierten wie desorientierten Lohnempfängern Trost in der Zukunft verheißen sollen. IG Metall-Chef Huber verkündet im stern 37/2009: „(...) Wer Anteile hat, kann in einem Unternehmen mehr beeinflussen. (...) Heute prägt viele Menschen nicht mehr ein Klassenbewusst-

sein. Der Kapitalismus hat sich geändert. Es gibt nicht mehr nur ein oben und unten. Um erfolgreich Kämpfe zu führen, müssen wir unsere Mitglieder überzeugen: Warum gehen wir auf die Straße? Arbeitnehmerbeteiligung ist das große Thema geworden.“ Ob Kollege Huber seine Illusionen lange pflegen kann, hängt von den Unternehmern ab. Eher amüsiert verwahrte sich Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser in einem taz-Interview am 4.9.09 gegen solche „Übersteigerungen“ und „falsche Selbsteinschätzung“. Weiter erklärte er: „Eine Marktwirtschaft beruht auf privatem Eigentum und unternehmerischem Freiraum. Daraus ergibt sich für Unternehmer und Arbeitnehmer eine Rollenverteilung. (...) Aber mit einem anonymen, kollektivierten Beteiligungsfonds, der von Funktionären verwaltet wird, entsteht ein Interessensblock, der zu einer schleichenden Politisierung von Unternehmen führen kann.“ Ein Arbeiter ohne Klassenbewusstsein bleibt ein Arbeiter. Aber darf sich ein Unternehmer, der es bleiben will, kein Klassenbewusstsein leisten?

Zu einer öffentlich breit wahrnehmbaren Reflexion oder Zuspit-

zung auf die hier ausgeführten gesellschaftlichen Grundfragen scheint es im Bundestagswahlkampf 2009 nicht mehr zu kommen. Mehrheitlich fand auf dem Wahlparteitag der Linkspartei ein Antrag auf Einführung des 6-Studentags keine Zustimmung. Selbst die SPD war da schon einmal weiter. Haben die „ehemaligen“ Sozialdemokraten in der Linkspartei das Berliner Grundgesetzprogramm der SPD von 1989 schon vergessen? Unter der Überschrift „Arbeitszeitverkürzung – Beitrag zu Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität“ heißt es dort: „Wir wollen die Steigerung der Produktivität zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen, wobei kürzere Arbeitszeit nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit bedeutet. Arbeitszeitverkürzung ist auch in Zukunft ein wesentlicher Beitrag für mehr Lebensqualität. Sie verringert die Belastung der Erwerbsarbeit und schafft Raum für notwendige Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, gibt Zeit für Muße, kulturelle und soziale Aktivität. Sie schafft Arbeitsplätze. Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häus-

lichen Arbeit gelingen, muß die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsständigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.“ Aber die Zeiten werden härter, und so versteckt sich die Linkspartei in ihrem Wahlprogramm gleich realpolitisch hinter den Gewerkschaften, die inzwischen nicht stärker geworden sind: „(...)gesetzliche Höchstarbeitszeit senken auf regelmäßig 40 Stunden pro Woche; die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich mit den Gewerkschaften durchsetzen“. „Damit es im Land gerecht zugeht“? könnte man mit dem Leitspruch fragen, der die Wahlplakate der Linkspartei zielt. Aber solche Parolen tragen nicht zur Aufklärung über gesellschaftliche Machtverhältnisse und Abhängigkeiten bei. Denn diese bedingen ja die Ursachen der als ungerecht empfundenen Zustände und sind kenntlich zu machen, um sie abzuschaffen. Wenn jeder Sitz mehr für die Linkspartei im Bundestag ein Sitz weniger für die anderen ist, mag das vordergründig überzeugend klingen. Aber hatte das Zweckbündnis der Gründung dieser Partei die Absicht, als Arzt am Krankenbett einer offen prokapitalistisch ermattenden SPD zu wirken? Oskar Lafontaine erklärte in der FR vom 2.9.09: „Es ist nicht unser Ziel, die SPD klein zu kriegen. Unser Ziel ist es, sie dazu anzuhalten, sich zu re-sozialdemokratisieren. Das heißt, sie muss erkennen, dass ein Sozialstaat, der verlässlich soziale Sicherheit gibt, die Lebensgrundlage für den Großteil der Menschen hierzulande ist.“ Wenn der Bestand des Sozialstaates von der Fortexistenz der SPD abhängt, ist weiter schlimmes zu befürchten. Jegliche Partei, die als Spitze einer Bewegung einen Ausweg aus dem Kapitalismus bahnen will, muss im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise konsequent sozialstaatlich agieren, um seine Grenzen für die Lohnabhängigen erfahrbar zu machen. Die Linkspartei will darüber erklärtermaßen nicht hinausgehen. Es kommt letztlich nicht auf Wahlentscheidungen an, sondern diejenigen zu sammeln und zu formieren, die weitergehen wollen. Weil sie erkannt haben, dass ein besseres Leben in der kapitalistischen Produktionsweise für die Lohnabhängigen nicht mehr zu erwarten ist.

\*) Der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff und sein Co-Autor Ralf Zeppernick (vormals Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium) monieren in der FAZ vom 3.9.09 unter der Überschrift „Fehlfunktion des Arbeitsmarkts im Niedriglohnbereich“ die ihrer Ansicht nach immer noch zu hohen Alg II-Sätze und rechnen vor, „dass das bestehende System des Arbeitslosengeldes II, gemessen in den umgerechneten Bruttolöhnen, es in weiten Bereichen uninteressant macht, überhaupt eine reguläre Arbeit aufzunehmen oder zusätzlich zu arbeiten, und deshalb grundlegend reformiert werden muss.“

\*\*) Anlässlich der Wahlkundgebung der IG Metall in Frankfurt/Main am 6.9.09 reklamierten erneut gewisse „Gewerkschaftslinker“, ohne eine konkrete Zielsetzung zu nennen, in der „jungen Welt“ vom 8.9.09 den Wunsch nach einem Generalstreik. Wo allein branchenweite Massenstreiks gegen Angriffe von Staat und Kapital ausbleiben, eher „betriebliche Bündnisse“ gesucht werden, allein 66% der politisch Interessierten von einem von und zu Gutenberg eine gute Meinung haben (... „noch nie wurde ein Politiker, der erst am Beginn einer Karriere steht, von der Bevölkerung derart mit Vorschusslorbeeren bedacht“/R. Köcher in FAZ vom 19.8.09.), ist zu hoffen, dass sich vorerst nur jene blamieren mögen, die offenkundig eine Welt ausserhalb ihrer politischen Parallelwelt nicht zur Kenntnis nehmen.

\*\*\*) „Die Entwicklung der Produktivkräfte ist vor allem die Entwicklung der Arbeitsmittel und die entsprechende Entwicklung der Menschen selbst. Gradmesser für das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte ist die Arbeitsproduktivität. Die Produktivkräfte sind das aktive, revolutionäre Element in der Produktion. Aus der Natur des Produktionsprozesses, der immer zugleich ein Reproduktionsprozeß ist, folgt ihre ständige Bewegung und Veränderung, die zunächst innerhalb der bestehenden Produktionsverhältnisse vonstatten geht, schließlich jedoch mit diesen in Konflikt gerät. Dieser Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen tritt in Klassenkämpfen und Krisen in Erscheinung und erreicht seinen Höhepunkt in der sozialen Revolution, in deren Verlauf die überlebten Produktionsverhältnisse beseitigt werden.“

aus: Alfred Kosing, Wörterbuch der Philosophie, Westberlin 1985, S. 431

\*\*\*\*) Grundlegend siehe hierzu: August Thalheimer, Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (1928), zum Vertrieb siehe Literaturliste am Ende des Hefes.

# Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats

## „Generationengerechtigkeit“ als Kampfbegriff von oben im Verteilungskampf

Sollen ehemalige Lohnempfänger eine Kürzung ihrer Monatsrenten hinnehmen, wenn die im Erwerbsleben stehenden Beitragszahler Lohnkürzungen verschmerzen müssen? Zum Wahlkampfauftakt Anfang Juli wurde das vom zuständigen Bundesminister Olaf Scholz (SPD) noch abgestritten und mit einer Anhebung der gesetzlichen Altersbezüge im Westen um 2,41 Prozent und 3,38 Prozent im Osten bekräftigt. Das Verbellen durch die Meute derjenigen, die sich immer um „zu hohe“ prozentuale Abgaben bzw. Lohnanteilbeiträge für Altersrenten, Kranken- wie Erwerbslosenversicherung sorgen, blieb nicht aus. Rentenerhöhungen, so Karl Heinz Däke, Präsident des Steuerzahlerbunds (richtiger: Bund der Steuerzahlenden Unternehmer), seien langfristig Fehler, „die für spätere Generationen sehr teuer werden“ (Welt am Sonntag/12.08.2009). SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier pflichtet ihm bei, „dass wir immer auch die Frage der Generationengerechtigkeit im Auge behalten müssen“. Da will dann auch die Spitzenkandidatin der „Grünen“, Renate Künast, nicht abseits stehen: „Union und SPD veräppeln die jüngere Generation. Sie haben einseitig eine Generation bedient und hinterlassen den Jüngeren die höchsten Schulden seit 60 Jahren“. Gewiss betragen die Zuschüsse in die Sozialsysteme aus dem Bundeshaushalt derzeit ca. 110 Milliarden Euro, davon allein 80 Mrd. für die Rentenversicherung. Aber ohne diese Zuschüsse aus dem allgemeinen Steueraufkommen müssten dann bei aktueller Leistungsgewährung entsprechend höhere Beiträge eingetrieben werden. Dies hieße weitaus höhere Lohnzahlungen für die Unternehmer und würde den Trend der Verteilungsverhältnisse ins Gegenteil verkehren: Statt einer inzwischen unter zwei Drittel des Volkseinkommens gesunkenen Bruttolohnquote würden die Einkommen aus Kapital- und Vermögensbesitz entsprechend schrumpfen. Die Bruttounternehmens- und

Vermögenseinkommen von ca. 642 Mrd. Euro 2007 reduzierten sich auf eine Größe von „nur“ über 500 Mrd. Euro. Soviel „verdiente“ man dort im Jahre 2004 (513,790 Mrd. Euro)! Seltsamerweise wird öffentlich nie die Frage gestellt, wieso diese Zuwächse bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen eintreten (gesamtdeutsch anfänglich der 1990er Jahre bei 350 Mrd. Euro), wo doch die Zahl der Erwerbspersonen seitdem bei 40 Millionen Erwerbspersonen eher stagnierte und nur durch die Ausweitung der Teilzeitarbeit von Frauen auf 41 Millionen im letzten Jahrzehnt anwuchs. Zumal das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nach 1990 von etwas mehr als 59 Mrd. Arbeitsstunden jährlich auf 57 Mrd. im Jahre 2007 absank. Deutlich wird: Weniger Beschäftigte oder ein geringeres gesellschaftliches Arbeitsaufkommen bedingen nicht einen Rückgang des gesamten Volkseinkommens, ja gesellschaftlichen Reichtums. Gemessen am Rückgang der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (BRD-West 1960: 3,6 Mio./1970: 2,2 Mio./1991: 1,0 Mio., gesamtdeutsch 1991: 1,5 Mio.) dürften manche Gesundheitsprobleme durch Über- oder Fehlernährung nicht auftreten. 2007 arbeiteten in dieser Branche noch 850 000 Erwerbstätige.

Aus einer stagnierenden oder in Zukunft dann abnehmenden Erwerbstätigenzahl mit einem Nettoverdienst von annähernd der Hälfte des Bruttoeinkommens lassen sich allerdings bei geringeren finanziellen Spielräumen Beiträge für private Versicherungsverträge nicht so leicht abzweigen. In Anbetracht eingetretener Reallohnverluste von bis zu zehn Prozent seit 2004 flachen auch die Beitragseinnahmen der deutschen Versicherungswirtschaft ab. Von 2006 bis 2008 stiegen die Beitragseinnahmen von 161,9 Mrd. auf 165,3 Mrd. Euro an. Vier Jahre vorher, ab 2004 flossen aber nach 152,2 Mrd. Euro bis 2006 fast zehn Milliarden, das Dreifache, in die Versicherungskassen. Selbst nach über-

wundener Krise werden bescheidene Wachstumsraten und ausbleibende tarifliche Kampfkraft den Lohnfonds der Lohnabhängigen nicht ausweiten. Dies ist in Rechnung zu stellen, wenn einer der führenden Lobbyisten der Versicherungswirtschaft, Professor Bernd Raffelhüschen vom Forschungszentrum für Generationenverträge der Universität Freiburg, in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juli 2009 verkündet: „Wir können den Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht erhalten, weil uns die Steuerzahler und Beitragszahler aufgrund der sinkenden Geburtszahlen wegbrechen.“ Er meint: „Wir“ – die herrschende Klasse und ihre Propagandisten – wozu er gehört – wollen nicht mehr allein nur soviel Lohn und Gehalt zahlen, damit der Sozialstaat in seinen jetzt bereits arg angeknacksten Pfeilern Bestand behält. Durch Einbehalt von Lohnanteilen und Umschleusung bisheriger Netto-Lohnanteile auf die Konten der Versicherungskonzerne, sollen Leistungsausfälle der gesetzlichen Versicherung kompensiert werden. Sofern die Höhe des individuellen Lohnes das noch hergibt. Das ist der Sinn hinter dem Spruch vom „mehr Netto vom Brutto“. Das Vorstandsmitglied der Fondsgesellschaft Union Investment, Hans Joachim Reinke, erklärt hierzu in der FAZ vom 06.08.2009: „74,7 Prozent der Rentenbezieher wären ohne eine zusätzliche Altersvorsorge unterversorgt“. Diese Erkenntnis gewinnt er aus einer Untersuchung zu regional unterschiedlich erwartbaren Einkommenslücken nach dem Erwerbsleben, vorgenommen von wem? Dem Herrn Professor Bernd Raffelhüschen und seinem Forschungszentrum für Generationenverträge in Freiburg. „Die Versorgung misst Raffelhüschen an der Ersatzquote, die sich aus dem Verhältnis zwischen der Rente und dem letzten Einkommen ergibt. Eine Unterversorgung liegt demnach vor, wenn die Ersatzquote unter 60 Prozent fällt, wie dies im überwiegenden Teil Deutschlands der Fall ist. (...) Besonders die Jüngeren weisen hohe

Unterversorgungsquoten auf“, zitiert der FAZ-Artikel und führt weiter aus, „die heutigen Beitragszahler müssten größere eigene Anstrengungen unternehmen. Viele haben gar nicht mehr das Geld, um private Vorsorge zu treffen“, sagt Reinke. „Dennoch werden wir an dieser Stelle nicht locker lassen“. Im Herbst will Union Investment eine Vertriebsoffensive für Riester-Verträge starten.“ Weitere Versicherer werden es ihnen gleichtun.

Das düstere Zukunftsszenario eines aufgrund abnehmender Bevölkerungszahlen zusammenbrechenden Sozialstaates erweist sich bei näherem Hinsehen als von den bürgerlichen Parteien begünstigter interessegeleiteter Zugriff des Finanzkapitals auf bislang gesellschaftlich verwaltete und unmittelbar umverteilte Anteile der Lohnsumme der abhängig Beschäftigten unter ihresgleichen. Die simple Gleichung weniger Beitragszahler gleich weniger Sozialstaat hofft umso mehr auf die gewünschte einschüchternde Wirkung, weil die positiven Folgen einer geringeren Bevölkerung, von der neunzig Prozent auf Lohnarbeit angewiesen sind, von der gesellschaftlichen Linken überhaupt nicht thematisiert und offensiv in die Debatte gebracht werden. Tatsache ist: Das Bundesamt für Statistik prognostiziert für das Jahr 2050 einen Rückgang der Bevölkerung in Deutschland von heute 82 Millionen auf 68,7 bis 74 Millionen. Eine UN-Prognose setzt bis dahin auf 70,5 Millionen. Allein die Schwankungsbreite zeigt: Das Geburtenregister von heute kann schon keine genauen Angaben mehr darüber machen, wieviel Kinder die Kinder von heute in die Welt setzen. Was sonst bis dahin noch passiert, ist noch unsicherer. Gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich nicht geradlinig, sondern eher im Zickzack, vertikal wie horizontal. Selbst die konjunkturelle Lage, die Beschäftigungssituation, das gesellschaftliche Klima im nächsten Jahr genau zu bestimmen, ist unwägbar. Doch nur einige Aspekte einer abnehmenden Bevölkerungszahl wenigstens in unseren Breitengraden verweisen auf eher bessere Zukunftschancen jüngerer Menschen. Die Konkurrenz um knappe Arbeitsstellen nähme ab oder wäre gemindert. Die Belastung der hiesigen Biosphäre durch weniger Ressourcenverbrauch träte ein. Wer hat bei kapitalistischer Produktionsweise Nutzen von über-

schüssigen Arbeitskräften, knappem Wohnraum, überlasteten und verstopften Verkehrswegen und wachsendem Energieverbrauch?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland erreichte 2007 eine nominelle Größe von 2,4 Billionen Euro. Der gesamten Bevölkerung floss daraus ein Volkseinkommen von 1,82 Billionen Euro zu, aufgeteilt in rund 642 Milliarden Euro als Unternehmens- und Vermögenseinkommen und 1,18 Billionen Euro des sogenannten Bruttoarbeitnehmerentgelts. Innerhalb dieser Summe fließen derzeit rund 235 Milliarden Euro jährlich an etwa zwanzig Millionen vormalige Lohnempfänger. Im Schnitt gehen lohnabhängig Beschäftigte momentan mit 63 Jahren auf Rentenbezug. Ihre laufenden Rentenzahlungen erfordern monatlich die Bereitstellung von ca. 20 Milliarden Euro. Diese Summen aufzubringen hängt jedoch nicht von der Bevölkerungszahl ab, sondern vom politischen Willen derjenigen, die per Gesetzgebung die Rentenhöhe und die per Beitragshöhe nötigen Zuflüsse aus der gesamten Lohnsumme definieren. Die Lohnsumme steigt mit der Höhe der Beiträge, was wiederum bei niedrigeren Wachstumsraten die erwarteten Unternehmens- und Vermögenseinkommen schmälert. Das gleichzeitig der Anstieg der Produktivität pro Beschäftigtem fortschreitet (seit 1960 von 40,5 auf 129,9 in 2007 je Arbeitsstunde), ihnen aber nur relativ zugute kommt, belegt der enorme Zuwachs der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, der sich seit 1991 von 346 Mrd. auf 642 Mrd. Euro fast verdoppelt hat (s.o.). „Das Problem ist, dass der wirtschaftliche Erfolg der Steigerung der Produktivität sich immer zunächst in den Unternehmen durch verbesserte Gewinne niederschlägt. Erst durch höhere Löhne und Gehälter sowie über entsprechend höhere Steuerzahlungen der Unternehmen fließen die Produktivitätsgewinne auch der breiten Bevölkerung zu. Nur wenn es gelingt, den Unternehmen einen hinreichenden Anteil der Gewinnsteigerungen abzutrotzen, geht die Rechnung für steigenden Wohlstand für alle und zur Lösung der demografischen Entwicklung auf“ (M. Schlecht in Gewerkschaftsjahrbuch werden 2004/05, S. 38). Vorrangig geht es also gar nicht darum, welche Anteile die Lohnarbeiterklasse unter sich zur Finanzierung des Sozialstaats aus ihrem Anteil am Volkseinkommen umverteilt, sondern

die gesamte Lohnquote soll zugunsten der Unternehmens- und Vermögensquote weiter sinken. Dieses heimliche Ziel weiter zu forcieren, dazu dient die Agenda 2010 und weiterführende Pläne. 1981 erlangten Lohnabhängige und Rentner in der BRD-West, immerhin bald neunzig Prozent der Bevölkerung, noch 73,6 Prozent vom Volkseinkommen. Insbesondere durch lohn- und steuerbasierte Transferleistungen (Arbeitslosenhilfe) ins Gebiet der Ex-DDR ergab sich im Jahre 2000 eine gesamtdeutsche Brutto Lohnquote von 72,2 Prozent. Bis 2007 gelang das Abschmelzen der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit auf 64,8 Prozent. Deutlich wird: Nicht die Kopfzahl bestimmt die Verteilung, sondern gesellschaftliche Machtpositionen. Das kommt in der Fähigkeit zur Geltung, jeweilige Interessenlagen bewußt und zielstrebig umzusetzen. Das Interesse der Unternehmer- und Vermögensbesitzerklasse, möglichst viel vom jährlichen Gesamtprodukt an sich zu ziehen, schlägt durch auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, weil sie größtenteils aus Lohnbestandteilen der abhängig Beschäftigten über Sozialbeiträge und Massensteuern erfolgt. Davon soll abgelenkt werden, wenn man einer „jungen“ Generation erzählt, die „Alten“ würden sie „ausbeuten“. Ein 64-jähriger Beschäftigter, sofern er dieses Berufsalter halbwegs gesund erreicht, zahlt mit seinen letzten Monatslöhnen vor dem Renteneintritt genauso seine prozentualen Sozialbeiträge wie ein 20-jähriger, obwohl er sein Großvater sein könnte. Beide trennt der Altersabstand, aber als Lohnabhängige eint sie dieselbe Klassenlage, lebenslang ihre Arbeitskraft an jemand verkaufen zu müssen, der sie gebrauchen kann. Das Gerede vom „Generationenkonflikt“ oder „Generationengerechtigkeit“ beabsichtigt, gemeinsame Klasseninteressen jüngerer wie älterer lohnabhängig Beschäftigter in Abrede zu stellen und soll im Ansatz die Herausbildung von Klassenbewusstsein derjenigen verhindern, die durch Verdrängung oder Ablenkung über ihre Klassenlage nicht nachdenken. Der Köder der geminderten „Abgabenlast“ meint „Befreiung“ vom Sozialstaat, führt jedoch entweder in die Geiselhaf der Versicherungskonzerne oder kurz über lang in die absolute Verelendung.

Hubert Zaremba/Göttingen

Rezension Theodor Bergmann:

# Internationalisten an den antifaschistischen Fronten Spanien – China – Vietnam



Auf dem Schiff *Aeneas* in Liverpool, August 1939:  
Dr. Kaneti, Dr. Baer, Dr. Jancu, Dr. Freudmann (von links)

In diesem Jahr erscheint bereits das zweite Buch zum Thema Internationalismus von Theodor Bergmann. Wie in dem umfangreichen theoretischen Werk *Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine internationale Solidarität* präsentiert Bergmann die Früchte seiner jahrzehntelangen Forschungsarbeit. Und es gelingt ihm das zentrale Thema internationale Solidarität anhand zahlreicher Einzelbiographien plastisch darzustellen. Ein im linken Bewusstsein noch weitgehend unbekanntes Kapitel wird erhellt: der selbstlose Einsatz von Ärzten, Krankenschwestern, Technikern, Geschäftleuten und Journalisten, die im Kampf gegen den Faschismus, im spanischen Bürgerkrieg und in der chinesischen Revolution halfen. Die meisten Kurzbiographien erzählen von Menschen, die durchaus das Attribut „heroisch“ („Denkmal für die ungenannten ausländischen Helden der chinesischen Revolution“) verdient haben, und die in echter internationaler revolutionärer Solidarität, ohne politischen Auftrag und ohne Aussicht auf materiellen Gewinn, oder etwa um politischen Einfluss auszuüben, aktive Hilfe im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus leisteten. Nicht wenige von ihnen verloren dabei ihr Leben.

In früheren Publikationen wurden bekanntere Einzelschicksale bereits dokumentiert. Etwa die der namhaften Autoren Agnes Smedley, Edgar Snow und Jack Belden. Bergmann schildert hauptsächlich die unbekannteren und stillen Helfer. Er schildert auch nicht das Wirken von Komintern-Emissären oder Geheimdienstmitarbeitern, deren Tätigkeit oft kontraproduktiv war. Jeder seiner Porträtierten gäbe wohl den Stoff ab für einen Roman, wie dies bereits bei Norman Bethune geschehen ist, dessen Leben sogar verfilmt wurde. Trotzdem romantisiert Bergmann nicht. Er schildert gerade auch die harten Arbeitsbedingungen und Schwierigkeiten. Anhand anschaulicher Einzelbiographien und Dokumente, und nicht zuletzt durch die Skizzierung des historischen Umfelds, bringt der Autor die Zeitumstände den heutigen Lesern recht nahe.

Zunächst gibt er eine Einführung in den historischen Hintergrund der ereignisreichen Jahre zwischen den beiden Weltkriegen, den Aufstieg des Faschismus und den Widerstand der Spanischen Republik, den Bürgerkrieg 1936-1939, die weltweite Solidaritätsbewegung und die mobilisierten Freiwilligen, die der Spanischen Republik gegen die faschistischen Putschisten

zu Hilfe kamen. Darunter war auch eine beachtliche Zahl von chinesischen Freiwilligen. Nach der Niederlage 1939 gingen zahlreiche dieser Helfer nach China, um den Roten Armeen zu helfen. Ärzte, Krankenschwestern und andere Helfer aus vielen Ländern, aus Kanada, USA, Neuseeland, Indien, China, Deutschland, Österreich, England, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Russland unterstützten das chinesische Volk in seinem Kampf gegen den japanischen Faschismus und dessen Fremdherrschaft über große Teile Chinas. Hilfe kam auch vom Führer der indischen Congress Party Jawaharlal Nehru. Überlebenswichtige Hilfe kam von den „Industriekooperativen“ Rewi Alleys und von Präsident Sun Yatsens Witwe Song Qingling und ihrer China Defence League. Trotzdem fanden die ankommenden erschwerte Bedingungen vor, die im Kapitel „Ein schwieriger Weg und schwierige Arbeitsbedingungen der Ärzte“ geschildert werden.

Die meisten Viten der Helfer werden in Bergmanns Buch erstmals publiziert, als Ergebnis jahrelanger Recherche und Materialsammlung, Auswertung zahlreicher Hinweise von Verwandten und Nachfahren, Forschungen in Archiven, durch persönliche Gespräche und Korrespondenzen mit Hinterbliebenen in Österreich, Polen, China, Russland und Israel. Es bleibt das Verdienst Bergmanns, somit seine „Helden“ der Vergessenheit entrissen zu haben.

Wer waren diese ungewöhnlichen Menschen, die ins Räderwerk der Geschichte eingreifen wollten und sich in den Dienst des „internationalistischen Kriegs gegen Faschismus und Imperialismus“ stellten?

Rewi Alley, James Munro Bertram, Kathleen Hall (Neuseeland), Norman Bethune, Joan Ewen, George Hatem (Kanada), Evans Carlson, Talitha Gerlach, Ida Pruitt (USA), Elsie Cholmeley, Barbara Courtney, David und Isabel Crook (Großbritannien), Israel Epstein, Moses Flato, Wolf Jun-

germann-Jungery, Wiktor Taubenfligel (Polen), Herbert Baer, Rolf Becker, Carl Coutelle, Edith Kent, Wilhelm Mann, Heinz Möller, Hans Müller, Trudy Rosenberg, Eva Siao, Anna Wang, Herbert Wunsch (Deutschland), Walter Freudmann, Richard Frey, Heinrich Jettmar, Heinrich Kent, Jakob Rosenfeld, Arno Wantoch, Ruth Weiss, (Österreich), David Jancu, Anna Kapeller, Jacob und Gisela Kranzendorf, (Rumänien), Lem und Maria Kameniecki (Litauen), Andrej Orlow, Alexander Volochin (Sowjetunion), Janto Kaneti (Bulgarien), Fritz Jensen, Bedřich Kisch, František Kriegel, Magdalena Robitscher-Hahn, (Tschechoslowakei), Ernest Schön, (Ungarn), Dwarakanath Kotnis (Indien), u.a.

Überproportional hoch war bei den Europäern der Anteil der jüdischen sozialistischen Intellektuellen. Ohne Übertreibung spricht Bergmann von ihnen: „Die Menschen, die völlig freiwillig ihre ganze Kraft für den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus eingesetzt und sehr oft ihr Leben hingegeben haben, haben gezeigt, was sozialistisches Denken bewirken kann. Ihr Beitrag an den vielen Fronten des internationalen Klassenkampfes bedarf keines Lobes; er spricht für sich selbst. Darauf können wir Sozialisten stolz sein. Das ist die positive Seite unserer Geschichte.“

Bergmann verschweigt auch nicht die Nachkriegsschicksale. Unsere überlebenden „Helden“ widerfuhr nicht immer Dankbarkeit. Fast alle, die in China blieben, wurden Opfer der „Kulturrevolution“ (Israel Epstein, Eva Siao, Hans Müller, u.a.). Die Rückkehrer waren in den antisemitischen Wellen in Osteuropa Schikanen und Bedrängungen ausgesetzt. Einige waren zur erneuten Emigration gezwungen. In China erfolgte nach Maos Tod eine umfangreiche Rehabilitation und ein ehrlicher Versuch begangenes Unrecht wieder gut zu machen. Alle wurden öffentlich geehrt, entschädigt und erhielten teilweise hohe politische und fachliche Ämter.

Sinnvolle Ergänzung sind der Dokumentenanhang mit exemplarischen Texten und Briefen, eine Liste der Biographien und eine umfangreiche Literaturanhang.

Heiner Jestrabek  
VSA-Verlag Hamburg.  
ISBN 978-3-89965-367-0



## Ökosozialistische Konferenz, Sa 13. – So 14.3.2010, Kassel

### Wenn das Wort Globalisierung überhaupt eine Bedeutung gewinnen kann, dann die der heute erreichten Globalität kapitalistischer Destruktivität.

Karl Hermann Tjaden

Auch die herrschende Politik macht den Wandel des Klimas zum Thema. Sie bestreitet jedoch den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktions- und Lebensweise und den uns alle bedrohenden ökologischen Katastrophen. Während aber die Regierungskonferenzen tagen, macht die NATO schon Nägel mit Köpfen: die zu erwartenden Flüchtlingsströme aus neuen Dürrezonen oder Überschwemmungsgebieten werden als Gefahr für die Stabilität Europas betrachtet und sollen gegebenenfalls auch militärisch zurückgewiesen werden. Wie in einem Brennglas verdichten sich im Bereich der Ökologie die gesellschaftlichen Widersprüche auf internationaler Ebene: die Interessen der herrschenden Klasse widersprechen den Gattungsinteressen. Die unmittelbar ökologischen Folgen des Klimawandels erzeugen somit auch massive globale politisch-gesellschaftliche Folgen, denen man auch nur auf globaler Ebene begegnen kann. Es handelt sich um eine **Herausforderung für einen neuen Internationalismus**.

Das Ziel unserer Veranstaltung soll es sein, in der Kooperation von verschiedenen linken, antikapitalistischen, sozialistischen, kommunistischen Strömungen, Bewegungen und Parteien konkrete Forderungen und Strategien zu entwickeln, um international gegen die fortgesetzte Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und die kapitalistische Aufrüstung, die mit Sozialabbau und Überwachungsstaat einhergeht, vorzugehen. Wir wollen gemeinsam nach Ansatzpunkten für eine internationale demokratische Zusammenarbeit suchen, wie sie etwa in der Ökosozialistischen Erklärung von Belém vorausgesetzt wird. Der technische Machbarkeitswahn der bürgerlichen Ideologen verkennt, dass es um gesellschaftliche

Verhältnisse geht, die es zu ändern gilt. Es ist erforderlich, ein weltweites Forderungsprogramm aus den sozialen und ökologischen Bewegungen, aus den Gewerkschaften und antikapitalistischen Organisationen zu entwickeln.

**Die soziale Dimension der ökologischen Krise** erfordert eine internationale Solidarität von unten, um die kapitalistische Globalisierung von oben zurückzudrängen. Diese Solidarität muss auf ein neues Verhältnis von Ökonomie und Ökologie gerichtet sein, das allein mit dem Ende der verantwortungslosen, auf blinder Profitlogik beruhenden kapitalistischen Herrschaft über die Natur und die Menschen erreicht werden kann. Dazu gehört ein neues Verständnis von Arbeit und Produktivität, welches das Verhältnis von Arbeiten und Leben und die Wirkungen von Erwerbsarbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen berücksichtigt. Vielleicht übersteht der Kapitalismus die nächste ökologische Krise – was aber kann die Linke hier und heute tun, um nicht die absehbare Katastrophe, sondern ein menschenwürdiges Leben im Einklang mit der Natur anzusteuern? Wie lässt sich diese Herausforderung für einen neuen Internationalismus praktisch-politisch aufgreifen und umsetzen?

Um von vornherein den Eindruck eines Organisationen-Bündnisses zu vermeiden, betonen wir hiermit, dass es uns um ein konstruktives Zusammenwirken von Menschen aus unterschiedlichen Richtungen der antikapitalistischen Linken geht.

Dr. Michael Rieger (SALZ e.V. – Literaturwissenschaftler), Peter Schüren (Geschäftsführer der Bildungsgemeinschaft Soziales, Arbeit, Leben & Zukunft © SALZ e.V., Soziologe).

**Voranmeldung:**  
salzkreis@yahoo.de oder per Fax an  
02381 – 373 34 98 (SALZ).  
Postanschrift:  
Bildungsgemeinschaft SALZ e.V.,  
Oberonstr. 21,  
59067 Hamm.

**Voranmeldungen für die Ökosozialistische Konferenz sind auf Grund des beschränkten Platzangebotes dringend empfohlen!**  
Voranmeldung Konferenzgebühr  
allgemein: 25 €, Tageskasse Konferenzgebühr allgemein: 30 €

## Folgendes Buch in polnischer Sprache wurde uns zugesandt:

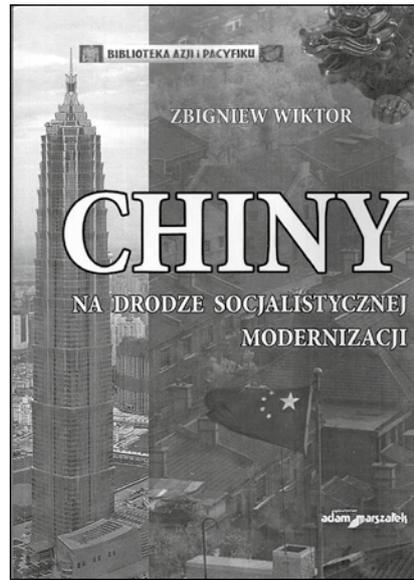
### Zbigniew Wiktor: China auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung

#### Kapitel I: Widersprüchlichkeiten in China

- Zum Verhältnis Chinas zur Globalisierung
- Stellung des Marxismus in der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung Chinas
- Ursachen der Krise und des Zerfalls von KPDSU und UDSSR aus chinesischer Sicht
- Klassengegensätze in China
- Klassengegensätze und Korruption
- Wandel der Besitzverhältnisse
- Globalisierung - Regionalisierung
- Chinas Verhältnis zur Oktoberrevolution
- Ansichten Wen Jiabaos (Premier der KPCh) über Strategien und Taktiken des sozialistischen Aufbaus in China
- Selbstverständnis des wissenschaftlichen und des „demokratischen“ Sozialismus in China

#### Kapitel II: Das politische System der Volksrepublik China

- Grundlagen
- Das Programm der Konsultativen Volkskonferenz (1949-1953)
- Zur Verfassung der Volksrepublik China vom 20. 9. 1954
- Grundzüge der politischen Ordnung der Volksrepublik auf Grundlage der Verfassung vom 17. 1. 1975



- weitere Kapitel zur Entwicklung des politischen Systems Chinas, immer in Bezug auf Verfassungsänderungen oder andere Entscheidungen des Nationalen Volkskongresses

#### Kapitel III: Entwicklung Chinas im globalen Kontext

- Vom Feudalismus bis zur Gründung der Volksrepublik
- 15 Kapitel zur Entwicklung Chinas von 1949 bis zur Gegenwart, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Politik und Wirtschaft

#### Kapitel IV: Tagebuch einer China-Reise

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

#### Nr. 164 Winter 2008/09, 36 S.

- Hilflos gegen die Krise
- Ruhe vor dem Sturm?
- Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont
- Südkonferenz 2009 in München
- Zur Bundestagswahl
- Tschechische KP: Wie geht es weiter?
- Lateinamerika: Reform als Revolution
- Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmiedien blieben
- Perspektive für einen neuen Internationalismus
- Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je

#### Nr. 163 Frühjahr 2009, 44 S.

- Die Krise – und was zu tun ist
- „Die Stunde der politischen Ökonomie“
- Der Gipfel der Erbärmlichkeit
- Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch
- Streiks in Anlagen-Bau in Großbritannien
- Bewegt sich Uruguay weiter nach links?
- Vietnam – der etwas andere Sozialismus?
- Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

#### Nr. 162 Winter 2008/09, 44 S.

- Krise: Das dicke Ende kommt erst noch!
- Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss
- Unsere Jahreskonferenz
- Die soziale Kluft wird größer
- Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?
- Zeitgemäße Sozialismuskonzeption
- 29 Wahlen in Österreich 2008
- Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung
- Novemberrevolution in München
- Salvador Allende. Eine Chronik

#### Nr. 161 Herbst 2008, 40 S.

- Die Finanzkrise eskaliert
- Russlandkrise
- Kolumbien: Schwierige Zeiten für die Guerilla
- Ecuador
- Der Castrismus nach Castro
- China: Das rote Mandarint
- Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR
- Trotz alledem! – Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte
- Rezensionen...

#### Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Anzeige

# Globalisierung



In dieser Broschüre wird die Globalisierung für Anfängerinnen und Anfänger erklärt. Anhand von zehn Kennzeichen erläutert die Autorin, was Globalisierung bedeutet. Sie beschreibt unter anderem die Vorherrschaft der USA, die weltweiten Transporte durch billige Treibstoffkosten oder Veränderungen der Arbeitsbedingungen.

**Ursula G. T. Müller: Globalisierung**  
48 Seiten, 2009, 2 Euro (Rabatt für Büchertische)

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel  
[www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

**Globalisierung**  
Globalisierung für AnfängerInnen - Anfänge der Globalisierung

# Literaturliste

<b>K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
<b>Die Bremer Linksradikalen</b>	66 Seiten, 2,00 €
<b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
<b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)	<b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 €
<b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>	1931, 75 Seiten, 3,00 €
<b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
<b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
<b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
<b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
<b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
<b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
<b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
<b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
<b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
<b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**

